

1-001-0000

AUSSCHUSS FÜR WIRTSCHAFT UND WÄHRUNG
GELD- UND WÄHRUNGSPOLITISCHER DIALOG MIT MARIO
DRAGHI,
PRÄSIDENT DER EUROPÄISCHEN ZENTRALBANK
(gemäß Artikel 284 Absatz 3 AEUV)
BRÜSSEL, MONTAG, 23. SEPTEMBER 2019

1-002-0000

VORSITZ: IRENE TINAGLI
Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Währung

(Die Sitzung wird um 15.07 Uhr eröffnet.)

1-003-0000

Vorsitzende. – Liebe Kollegen! Ich möchte den Präsidenten der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, willkommen heißen.

Wir führen heute den zweiten geld- und währungspolitischen Dialog im Jahr 2019 – den ersten in dieser Wahlperiode und zudem meinen ersten geld- und währungspolitischen Dialog in meiner Eigenschaft als Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Währung. Allerdings ist dies der letzte Dialog, an dem der Präsident – Mario Draghi – teilnehmen wird, da seine Amtszeit – wie Sie wissen – am 31. Oktober endet.

Die neuesten Daten weisen auf einen stärkeren Rückgang der Wachstumsdynamik im Euro-Währungsgebiet hin, der ausgeprägter sein dürfte, als wir das bei unserem letzten geld- und währungspolitischen Dialog im Januar erwartet hatten. Das Wachstum des realen BIP hat sich im Quartalsvergleich von 0,4 % im ersten Quartal dieses Jahres auf 0,2 % im zweiten Quartal verlangsamt.

Die Binnennachfrage ist zwar stabil, die anhaltenden Ungewissheiten, die einer protektionistischen Politik und geopolitischen Faktoren geschuldet sind, beeinträchtigen jedoch die Stimmung in der Wirtschaft und belasten unzweifelhaft das verarbeitende Gewerbe im Euro-Währungsgebiet.

Die anhaltenden und prägnanten Abwärtsrisiken für das künftige Wachstum wirken sich außerdem auf die Preisdynamik aus, sodass es noch länger dauern wird, bis sich die Inflation dem mittelfristigen Inflationsziel annähert. Vor diesem Hintergrund hat der EZB-Rat vor zehn Tagen ein umfassendes Paket politischer Maßnahmen angekündigt, die sich gegenseitig ergänzen sollen, wenn es gilt, geldpolitische Impulse zu setzen. Ich könnte mir vorstellen, dass Mario Draghi in seiner Einleitung auf dieses Paket eingehen wird.

Die Ausschusskoordinatoren haben zudem zwei zusätzliche Themen ausgewählt, die erörtert werden sollen. Erstes Thema sind die globalen strukturellen Faktoren, die der dauerhaft verhaltenen Inflationsdynamik im Euro-Währungsgebiet und weltweit zugrunde liegen, sowie

etwaige Strategien zur Lösung dieses Problems. Zweites Thema sind die geldpolitischen Neuerungen, die während der Amtszeit von Mario Draghi eingeführt wurden, und die künftigen Herausforderungen für die geldpolitischen Strukturen.

Wir haben uns zwar mithilfe unserer Sachverständigengruppe und der Dokumente, die auf der Website des Europäischen Parlaments abgerufen werden können, vorbereitet, sind aber natürlich sehr auf den Standpunkt der EZB gespannt.

Wie bereits angemerkt, ist dies der letzte geld- und währungspolitische Dialog mit Ihnen, Herr Draghi. Die Zusammensetzung des ECON-Ausschusses, die Sie heute hier sehen, ist – nach der siebten und der achten Wahlperiode – bereits die dritte, der Sie sich in diesem Dialogformat stellen. Ich möchte mich deshalb für die konstruktive Beziehung, die Sie zu uns aufgebaut haben, bedanken. In den letzten acht Jahren haben Sie unseren Mitgliedern mehr als 30 Mal Rede und Antwort gestanden und sind auf über 600 Fragen eingegangen.

Die EZB ist ein unabhängiges Organ, dessen Beschlüsse erhebliche Auswirkungen auf die Unternehmen und die Bürger Europas haben. Ich bin mir sicher, dass Sie mir zustimmen, wenn ich sage, dass die geld- und währungspolitischen Dialoge eine hervorragende Gelegenheit zur Verbesserung der Rechenschaftspflicht und der Legitimität der EZB waren und sind.

Ich wünsche Ihnen für die Zukunft das Allerbeste und möchte Ihnen als Zeichen unserer Anerkennung im Namen des Vorstands des ECON-Ausschusses und im Namen der ECON-Mitglieder aller Fraktionen außer der ID-Fraktion ein Geschenk – diesen silbernen Teller – überreichen.

1-004-0000

Mario Draghi, *Präsident der Europäischen Zentralbank*. – Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft und Währung, ich möchte Ihnen allen zunächst zu Ihrer Wahl und Ihnen, Frau Vorsitzende, zu Ihrer kürzlich erfolgten Ernennung zur Vorsitzenden dieses Ausschusses gratulieren.

Ich freue mich sehr, in dieser neuen Wahlperiode und vor dem Ende meiner Amtszeit als Präsident der Europäischen Zentralbank bei Ihnen zu sein.

Die von Ihnen, Frau Vorsitzende, angesprochene Legitimität der Unabhängigkeit der EZB, die in den EU-Verträgen verankert ist, ist maßgeblich mit unserer Rechenschaftspflicht verknüpft, und die Verträge verleihen diesem Parlament eine wichtige Rolle, wenn es gilt, die EZB zur Rechenschaft zu ziehen. Die Anhörungen in diesem Ausschuss sind in diesem Zusammenhang von größter Bedeutung. Ich fand sie in meiner Amtszeit als Präsident stets in höchstem Maße förderlich.

Als ich im Dezember 2011 zum ersten Mal im ECON-Ausschuss angehört wurde, war das Euro-Währungsgebiet von finanzieller Instabilität geprägt. Es glitt gerade in die zweite Rezession ab, die letztendlich einen anhaltenden Rückgang der Inflation und zeitweise sogar ein erhöhtes Risiko für eine echte Deflation bewirkte.

Unter anderem dank der Unterstützung durch die Geldpolitik der EZB ist das Euro-Währungsgebiet seit der Krise ein ganzes Stück weitergekommen. Die Arbeitslosigkeit im Euro-Währungsgebiet belief sich im Juli dieses Jahres auf 7,5 % – den niedrigsten Wert seit Juli 2008.

In den letzten Jahren hat die EZB immer wieder sehr deutlich gemacht, dass sie bereit und entschlossen ist, das in den Verträgen verankerte vorrangige Ziel der Preisstabilität zu erfüllen. Diese Bereitschaft und Entschlossenheit sind für die Bewältigung der Wirtschaftskrise und des

Abwärtsrisikos für unser Ziel unabdingbar. Genauso entschlossen hat sich der EZB-Rat vor zwei Wochen dazu entschieden, aufgrund der Tatsache, dass die Inflation nach wie vor nicht das vorgegebene Ziel erreicht, zu handeln.

Ich freue mich, dass ich diese Entscheidungen heute mit Ihnen erörtern darf. Zunächst möchte ich aber auf die wichtigsten Entwicklungen in der Wirtschaft des Euro-Währungsgebiets seit meinem letzten Besuch in diesem Ausschuss eingehen. Anschließend werde ich die geldpolitischen Beschlüsse erläutern, die der EZB-Rat in Anbetracht der Wirtschaftsprognosen gefasst hat. Abschließend werde ich – wie von Ihnen gewünscht – Schlussfolgerungen aus den letzten acht Jahren ziehen, die wichtig sein könnten, wenn wir über die politischen Antworten auf die vor uns liegenden Herausforderungen sprechen.

Seit meiner letzten Anhörung in diesem Ausschuss Anfang des Jahres hat sich die Wachstumsdynamik im Euro-Währungsgebiet deutlich und stärker, als wir das vorhergesehen hatten, verlangsamt. Das Wachstum des realen BIP für 2019 wird nun auf 1,1 % – 0,6 Prozentpunkte weniger als im Dezember 2018 – und für 2020 auf 1,2 % – 0,5 Prozentpunkte weniger als im Dezember – geschätzt.

Dieser Rückgang ist in erster Linie der Schwäche des internationalen Handels in einem Umfeld anhaltender Ungewissheiten im Zusammenhang mit protektionistischen Maßnahmen und geopolitischen Faktoren geschuldet. Diese Faktoren beeinträchtigen zunehmend die Stimmung in der Wirtschaft und insbesondere im verarbeitenden Gewerbe, das stärker auf den Handel angewiesen und von äußeren Einflüssen abhängig ist.

Selbstverständlich sind Länder mit einem vergleichsweise großen verarbeitenden Gewerbe anfälliger für eine Wende im globalen ökonomischen Zyklus. Deutschland zum Beispiel erwirtschaftet 28 % des BIP des Euro-Währungsgebiets, aber ganze 39 % der industriellen Wertschöpfung. Demzufolge ist Deutschland nun eines der Mitglieder des Euro-Währungsgebiets, die am stärksten von dem Abschwung betroffen sind.

Der Dienstleistungssektor im Euro-Währungsgebiet ist zwar noch stabil, wir sollten uns aber nicht in seinen Möglichkeiten, negativen Spillover-Effekten zu trotzen, täuschen. Je länger das verarbeitende Gewerbe Schwächen aufweist, desto größer ist das Risiko, dass andere Wirtschaftszweige ebenfalls unter dem Abschwung leiden.

Wenn wir in die Zukunft schauen, dann sehen wir, dass die aktuellen Daten und in die Zukunft gerichtete Indikatoren wie etwa neue Exportaufträge im verarbeitenden Gewerbe nicht wirklich auf eine Erholung des Wachstums in naher Zukunft hindeuten, und die Risiken für die Wachstumsaussichten sind eher abwärtsgerichtet. Vor dem Hintergrund dieser dauerhafteren Schwäche der Wirtschaft im Euro-Währungsgebiet sind sowohl die tatsächliche als auch die prognostizierte Inflation seit Langem unterhalb des Bereichs, der mit dem mittelfristigen Ziel des EZB-Rats vereinbar ist.

Die Gesamtinflation liegt deutlich unter 2 %, und wenn wir Lebensmittel und Energie, die volatil sind, herausrechnen, bewegt sich die Inflationsrate seit Langem um 1 %. Die unterliegende Inflation ist nach wie vor gedämpft, da der verhaltene wirtschaftliche Ausblick dazu führen kann, dass sich die Löhne erst später in den Preisen niederschlagen. Insbesondere geben die Unternehmen höhere Arbeitskosten derzeit nicht an die Kunden weiter, sondern fangen sie mit ihrer Gewinnspanne auf. Die Indikatoren für die zu erwartende Inflation sind indes niedrig. Eine Deflation ist zwar nach wie vor nicht sehr wahrscheinlich, die mittelfristigen Markterwartungen mit Blick auf die Inflation liegen jedoch bei Werten, die nicht mit unserer Inflationsvorgabe übereinstimmen.

Seit meiner letzten Anhörung hier haben wir die Inflationsaussichten für den gesamten Projektionszeitraum gesenkt: zunächst im März 2019 die Prognosen unserer Experten und dann

nochmals im September aufgrund der schwächeren Wirtschaftstätigkeit und der niedrigeren Energiepreise. Derzeit gehen wir davon aus, dass sich die Inflation im Durchschnitt 2019 auf 1,2 %, 2020 auf 1 % und 2021 auf 1,5 % belaufen wird, was deutlich unterhalb der Vorgabe des EZB-Rates von knapp unter 2 % liegt.

Als der EZB-Rat vor zwei Wochen zusammengetreten ist, war er also mit einer schnelleren und stärker ausgeprägten Abkühlung als vorhergesagt konfrontiert sowie mit anhaltenden und deutlichen Abwärtsrisiken für die Wachstumsaussichten und mit einer weiteren Verzögerung bei der Verwirklichung unseres Inflationsziels. Deshalb brauchte es unbedingt eine entschlossene geldpolitische Reaktion.

Im Einklang mit unserem Mandat haben wir ein umfassendes Maßnahmenpaket beschlossen, mit dem wir sicherstellen wollen, dass sich die Inflation dauerhaft unserer Vorgabe annähert.

Wir haben den Zinssatz für die Einlagenfazilität von -0,40 % auf -0,50 % gesenkt. Dieser Satz dient als Anhaltspunkt für kurzfristige Marktzinssätze, die zahlreichen Darlehensarten und Finanzierungsinstrumenten zugrunde liegen. Indem wir den Zinssatz für die Einlagenfazilität gesenkt haben, tragen wir dazu bei, dass sich die Darlehenskonditionen für Haushalte und Unternehmen weiter verbessern. Negative Zinssätze bringen die Banken außerdem dazu, eher der Realwirtschaft Geld zu leihen als Liquidität zu halten, und stützen so den Portfolioumschichtungskanal des Programms für den Ankauf von Vermögenswerten (APP).

Die Auswirkungen der Senkung des Zinssatzes für die Einlagenfazilität werden durch unsere gestärkten Hinweise auf die voraussichtliche weitere Entwicklung unserer Geldpolitik gestützt. Wir haben insbesondere deutlich gemacht, dass wir davon ausgehen, dass unsere Leitzinsen „so lange auf ihrem aktuellen oder einem niedrigeren Niveau bleiben werden, bis wir feststellen, dass sich die Inflationsaussichten in unserem Projektionszeitraum deutlich einem Niveau annähern, das hinreichend nahe, aber unter 2 % liegt, und dass sich diese Annäherung in der Dynamik der Kerninflation durchgängig widerspiegelt“. Diese gestärkten Hinweise sind ein eindeutiges Zeichen für die Zinserwartungen, da wir unsere Politik mit robusteren Vorgaben beim Inflationsausblick verknüpfen.

Die Erklärung des EZB-Rates, dass die Inflation einen Wert von hinreichend nahe, aber unter 2 % erreichen soll, bekräftigt die Aussage, die wir im Anschluss an die geldpolitische Sitzung vom Juli gemacht haben, dass nämlich die Werte der tatsächlichen und der prognostizierten Inflation in der letzten Zeit zu niedrig und nicht mit dem mittelfristigen Inflationsziel des EZB-Rates vereinbar sind. Die neuen gestärkten Hinweise auf die künftige Zinspolitik spiegeln die charakteristische Zukunftsorientierung des geldpolitischen Rahmens der EZB wider, wobei wir noch zwei Schutzmechanismen hinzugefügt haben, damit sich die Leitzinsen erst dann wieder nach und nach normalisieren, wenn sich die Inflation dauerhaft in Richtung unseres mittelfristigen Ziels bewegt.

Die Wortwahl „deutlich [...] annähern“ bedeutet, dass der EZB-Rat sicher sein will, dass diese Annäherung hinreichend stetig und spürbar ist, wenn er damit beginnt, die Leitzinsen anzuheben. Die Bezugnahme auf die Inflationsaussichten, die „sich [...] in der Dynamik der Kerninflation durchgängig“ widerspiegeln, bedeutet, dass die Entwicklung der tatsächlichen Inflation unseren Inflationsprognosen zugrunde liegen sollte.

Mit diesen deutlicheren Hinweisen tragen wir zum Abbau der Ungewissheit hinsichtlich der auf kurze bis mittlere Sicht zu erwartenden Zinsentwicklung bei und sorgen dafür, dass die finanziellen Bedingungen auf die Inflationsdynamik abgestimmt sind. Zusätzlich weisen wir mit der Weiterführung dieser Lockerungstendenz bei den Zinsen darauf hin, dass wir erforderlichenfalls immer noch Raum für eine weitere Zinssenkung haben.

Außerdem haben wir beschlossen, die Nettoankäufe in einem monatlichen Umfang von 20 Mrd. EUR ab November wieder aufzunehmen. Diese Ankäufe werden voraussichtlich so lange fortgesetzt, wie es für die Verstärkung der akkommodierenden Wirkung unserer Leitzinsen erforderlich ist, und sie werden voraussichtlich kurz vor dem Termin beendet, an dem wir mit der Erhöhung der EZB-Leitzinsen beginnen.

Zusätzlich haben wir unsere Absicht bekräftigt, die Tilgungsbeträge der im Rahmen des APP erworbenen Wertpapiere für längere Zeit über den Zeitpunkt hinaus, zu dem wir mit der Erhöhung der Leitzinsen beginnen, und in jedem Fall so lange wie erforderlich bei Fälligkeit weiterhin vollumfänglich wieder anzulegen, um günstige Liquiditätsbedingungen und eine umfangreiche geldpolitische Akkommodierung aufrechtzuerhalten.

Die Nettoeinkäufe und der längere Zeitrahmen für Neuinvestitionen stärken die akkommodierende Wirkung unserer anderen Maßnahmen und senken so die Finanzierungskosten für Unternehmen und Haushalte im Euro-Währungsgebiet noch weiter. Zusätzlich tragen diese Maßnahmen dazu bei, dass die längerfristigen Zinssätze niedrig bleiben, indem sie die unangemessene Erhöhung, die andernfalls automatisch ausgelöst würde, wenn die mittlere Laufzeit unseres Portfolios sinkt, abmildern. Schlussendlich belegen die Nettoankäufe außerdem unsere Zusage, sämtliche Instrumente für die Verwirklichung unseres Preisstabilitätsziels zu nutzen, die eine erhebliche Wirkung auf die Bildung der Inflationserwartungen zeitigen können.

Zusätzlich zu den eben erwähnten politischen Maßnahmen haben wir beschlossen, die Modalitäten der neuen Serie gezielter längerfristiger Refinanzierungsgeschäfte (GLRG III) zu ändern, die wir im Juni angekündigt hatten. Banken können diese langfristigen Finanzierungen nun zu niedrigeren Zinsen und mit längerer Laufzeit erhalten. Auf diese Weise tragen wir auch dazu bei, dass sich unsere akkommodierenden Maßnahmen vollständig in den Finanzierungskosten für Haushalte und Unternehmen niederschlagen.

Schlussendlich haben wir außerdem ein zweistufiges System für die Verzinsung der Reserveguthaben eingeführt, bei dem ein Teil der Überschussliquidität der Banken vom negativen Einlagenzinssatz befreit wird. Mit dem zweistufigen System sollen zwei Ziele miteinander in Einklang gebracht werden. Einerseits sollen die Anreize für die Banken, die von den negativen Zinssätzen auf ihre Reserven ausgelösten Impulse weiterzugeben, gewahrt bleiben, andererseits sollen die nachteiligen Auswirkungen dieser negativen Zinssätze auf die Kreditvergabe durch die Banken, die dadurch hervorgerufen werden können, dass die Profitabilität der Banken geschmälert wird, gemildert werden. Das Euro-Währungsgebiet braucht Finanzmittler, damit es bei der Transmission der Geldpolitik aktiv und tatkräftig bleibt, und mit dem neuen zweistufigen System wird sichergestellt, dass die Fähigkeiten von Banken, ihre Kunden mit günstigen Krediten zu versorgen, nicht eingeschränkt werden.

Die einzelnen Bestandteile dieses umfassenden Pakets werden sich gegenseitig ergänzen, wenn es gilt, günstige Finanzierungsbedingungen für Unternehmen und Haushalte zu fördern, sodass Investitionen und Konsum gestützt werden. Höhere Ausgaben von Unternehmen und Haushalten werden wiederum die Inflationsdynamiken vorantreiben und dafür sorgen, dass sich diese dauerhaft unserem Ziel annähern.

Insgesamt muss die Geldpolitik in Anbetracht der Aussichten und der derzeitigen Ungewissheiten noch auf längere Sicht hochgradig akkommodierend gestaltet sein. Die Maßnahmen, die wir in unserer letzten Sitzung ergriffen haben, betonen unsere Entschlossenheit und unsere Bereitschaft, für die erforderlichen geldpolitischen Impulse zu sorgen. Selbstverständlich sind wir jederzeit bereit, all unsere Instrumente anzupassen, wenn die Inflationsaussichten eine solche Anpassung rechtfertigen.

Die konventionellen und die unkonventionellen Maßnahmen, die die EZB in den letzten zehn Jahren ergriffen hat, haben erfolgreich die Deflationsrisiken eingedämmt, die Funktion des geldpolitischen Transmissionsmechanismus wiederhergestellt und die Wirtschaft des Euro-Währungsgebiets maßgeblich gestützt. Die EZB arbeitet aber nicht im luftleeren Raum. Auch andere wirtschaftspolitische Maßnahmen sind wichtig.

In diesem Zusammenhang möchte ich an meine erste Anhörung in diesem Ausschuss im Jahr 2011 erinnern. Damals drehte sich die Hälfte meiner einführenden Bemerkungen um das Funktionieren der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) und um das Erfordernis, dass die anderen europäischen Politiker handeln.

Ich schließe meine letzte Erklärung für Sie deshalb damit ab, dass ich einige Schlussfolgerungen aus diesen acht Jahren ziehe, die – so hoffe ich – bei der Bewältigung der kommenden Herausforderungen nützlich sein können.

Wenn man die Krisenreaktion des Euro-Währungsgebiets mit der anderer fortgeschrittener Volkswirtschaften vergleicht, tritt klar zutage, dass es letztgenannten damals dank entschlossenerer Maßnahmen in haushaltspolitischer und finanzieller Hinsicht gelungen ist, einen besseren Mix makroökonomischer Maßnahmen zu erzielen.

Der EZB-Rat hat bekräftigt, dass wir entschlossen sind, sicherzustellen, dass sich die Inflation auf nachhaltige Weise unserem Ziel annähert, und dass wir nach wie vor bereit sind, all unsere Instrumente anzupassen. Hierbei kann ein besserer Maßnahmenmix aus beispielsweise Haushaltspolitik, Strukturreformen und Aufsichtsmaßnahmen dazu beitragen, dass dieses Ziel schneller und mit weniger Nebenwirkungen erreicht wird.

Wie stets werden wir auch künftig die etwaigen Nebenwirkungen der akkommodierenden Geldpolitik sorgfältig überwachen. Wir müssen unbedingt wachsam bleiben und erforderlichenfalls die verfügbaren Instrumente für die Aufsicht auf Mikro- und auf Makroebene einsetzen. Hierzu komme ich auch noch bei der Anhörung in meiner Eigenschaft als Vorsitzender des Europäischen Ausschusses für Systemrisiken.

Insgesamt ist das Niedrigzinsumfeld im Kontext des seit den 1980er-Jahren anhaltenden Rückgangs der Realrenditen zu verstehen. Diese Tendenz beschränkt sich übrigens nicht auf das Euro-Währungsgebiet. Sie spiegelt vermehrt strukturelle Faktoren wie etwa den Rückgang beim Produktivitätswachstum wider, dem mit ambitionierten Strukturreformen entgegengewirkt werden kann. Anders gesagt: Wir brauchen eine kohärente wirtschaftspolitische Strategie im Euro-Währungsgebiet, die die Wirksamkeit unserer Geldpolitik ergänzt und verstärkt.

Deshalb herrschte Einvernehmen im EZB-Rat darüber, dass die Haushaltspolitik einen größeren Beitrag leisten muss. In Anbetracht der sich verschlechternden Wirtschaftsaussichten und der nach wie vor vorhandenen deutlichen Abwärtsrisiken sollten Regierungen, die über einen Haushaltsspielraum verfügen und einen Abschwung erleiden, wirksam und rasch handeln. Sofern die haushaltspolitische Tragfähigkeit gesichert ist, wird die potenzielle Wirksamkeit einer antizyklischen Haushaltspolitik im derzeitigen Umfeld gestärkt, da die Fiskalmultiplikatoren in einem Niedrigzins-Umfeld höher sind. Andererseits sollten die Regierungen von Ländern mit einer hohen Staatsverschuldung umsichtig vorgehen und ihre Ziele mit Blick auf den strukturellen Saldo erfüllen.

Ein weiterer großer Unterschied zu anderen fortgeschrittenen Währungsunionen wie etwa den USA besteht darin, dass es kein zentrales Haushaltsinstrument gibt, mit dem auf föderaler Ebene antizyklisch gehandelt werden kann.

Ich bin mir der politischen Hindernisse für den Aufbau eines solchen Instruments im Euro-Währungsgebiet voll und ganz bewusst. Auf ähnliche Hindernisse stoßen wir auch, wenn wir über die Vollendung der Bankenunion und die Errichtung einer echten Kapitalmarktunion sprechen.

Gleichzeitig sollten wir uns uneingeschränkt dem Ziel einer wirklichen Wirtschafts- und Währungsunion verschreiben. Wenn wir das Erfordernis, die verbleibenden institutionellen Schwächen der WWU zu beheben, ignorieren, dann würden wir das mit dem Engagement und mit der harten Arbeit aller Beteiligten – und vor allem dieses Ausschusses – Erreichte schwerwiegend beschädigen.

Vor acht Jahren habe ich in diesem Ausschuss gesagt, dass wir einen eindeutigen Weg für die künftige Entwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion aufzeigen und so den Erwartungen von Bürgern und Finanzmärkten entsprechen müssen.

Für die letzte Schlussfolgerung möchte ich eine längerfristige Perspektive heranziehen. Die haushaltspolitische Reaktion des Euro-Währungsgebiets war zwar nicht mit der anderer fortgeschrittener Volkswirtschaften vergleichbar, die Reaktion der EZB entsprach aber durchaus der der anderen großen Zentralbanken. Dank ihrer Unabhängigkeit ist die EZB in der Lage, ihre politische Reaktion und ihre Reaktionsfunktion anzupassen.

Wenn sie diesen wichtigen Trumpf – ihre Unabhängigkeit – bewahrt, kann sich die EZB auf neue Gegebenheiten einstellen und die Wirksamkeit ihrer Maßnahmen sicherstellen. Dies ist umso wichtiger, als die Erwünschtheit und die Relevanz der Unabhängigkeit von Zentralbanken weltweit immer mehr in Frage gestellt werden.

Wie bereits in meiner Einleitung erwähnt, besteht die beste Möglichkeit, die Unabhängigkeit der EZB zu wahren, darin, für ein angemessenes Maß an Rechenschaftspflicht der Zentralbank zu sorgen. In den letzten acht Jahren haben sich – darauf hat ja auch die Vorsitzende eben hingewiesen – die Mechanismen für unsere Rechenschaftspflicht geändert und wurden aufgrund der Forderung nach Kontrolle im Anschluss an die Krise verstärkt.

Ich habe die Fähigkeit dieses Parlaments, auf die Bedürfnisse der Bürger einzugehen, Bedenken aufzunehmen und sie konstruktiv in unsere Debatten hier einzubringen, stets bewundert. Ich möchte mich persönlich bei Ihnen allen hierfür bedanken.

Ich bin zuversichtlich, dass dieses Parlament und insbesondere dieser Ausschuss die gute Arbeit fortsetzen werden, die sie während meiner Amtszeit als EZB-Präsident geleistet haben. Auf diese Weise werden die Wirksamkeit der Maßnahmen der EZB und das Vertrauen der Bürger in die EU weiter gestärkt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Ich stehe Ihnen jetzt für Fragen zur Verfügung.

1-005-0000

Markus Ferber (PPE). – Vielen Dank, Herr Präsident! Wenn Sie gestatten, werde ich in Deutsch sprechen. Zunächst einmal darf ich mich – auch im Namen der EVP-Fraktion – ganz herzlich bei Ihnen bedanken.

Im Namen der EVP-Fraktion ein ganz herzliches Dankeschön für die Zusammenarbeit in den letzten acht Jahren. Ich kann mich noch gut erinnern, als Sie Ihr Amt angetreten haben – an die Anhörung, die wir vorher mit Ihnen hier in diesem Ausschuss durchgeführt haben. Ich glaube wir waren uns darüber im Klaren, dass es keine einfache Zeit wird, und weder Sie noch wir waren uns darüber im Klaren, was alles in diesen acht Jahren zur Entscheidung ansteht. Dafür

ein ganz herzliches Dankeschön, dass Sie auch regelmäßig hier zur Verfügung standen und Ihre Entscheidungen gerechtfertigt haben.

Gestatten Sie mir aber, dass ich auf die geldpolitischen Entscheidungen der vorletzten Woche zurückkomme, insbesondere auf die Entscheidung, das Anleihekaufprogramm wieder aufzunehmen. Wichtige Zentralbanken haben sich ja hier gegen diesen Schritt ausgesprochen, dieses Programm wieder aufzunehmen. Das war ja kein einstimmiger Beschluss, wenn die Informationen stimmen, die uns zur Verfügung stehen. Und daran habe ich keinen Zweifel. Es gab also wirklich Zweifel daran, ob das Wiederaufnehmen des Anleihekaufprogramms vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Entwicklung und der Inflationsentwicklung notwendig ist. Deswegen schon meine Frage: Warum haben Sie trotz dieser erheblichen Differenzen innerhalb des EZB-Rates diese weitere Lockerung der Geldpolitik auf den Weg gebracht, insbesondere vor dem Hintergrund der Tatsache, dass Sie natürlich damit auch die Handlungsspielräume für Frau Lagarde, die am 1. November Ihr Amt übernehmen soll, eingeschränkt haben, und angesichts der Tatsache, dass sich die Inflation und die Inflationserwartungen in der Eurozone trotz der ultralockeren Geldpolitik ja nicht geändert haben. Deswegen auch hier die grundsätzliche Frage: Warum haben all die Maßnahmen, die Sie da in den letzten Jahren ergriffen haben, nicht dazu beigetragen, die Inflation in der Europäischen Union zu stimulieren und an das angestrebte Ziel von nahezu 2 % zu bringen?

1-006-0000

Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank. – Das sind eigentlich zwei Fragen. Erstens: Warum wir diese Entschlüsse gefasst haben, und zweitens: Können wir sicher sein, dass diese Beschlüsse funktionieren, da ja unsere Inflationsrate nach wie vor unterhalb des Ziels liegt?

Auf den ersten Teil bin ich in gewisser Weise in meinen einleitenden Erläuterungen eingegangen. Ich möchte zunächst darauf hinweisen, dass wir nach wie vor in einer Lage sind, in der sich der Arbeitsmarkt zwar langsam erholt, die Dynamik sich aber erheblich verlangsamt hat. Der Anstieg der Nominallöhne liegt im langjährigen Mittel, der Konsum ist verhalten, die Unternehmensinvestitionen sind leicht gebremst. Aber insgesamt ist es nach wie vor so, dass – wie ich schon gesagt habe – wir die niedrigste Arbeitslosenquote seit 2008 haben. Und das gibt uns die Zuversicht, dass sich die Inflation irgendwann unserem Ziel annähern wird.

Wenn Sie aber jetzt aufmerksam sind und nach vorne schauen, bemerken Sie, dass sich die Wachstumsaussichten fortwährend verschlechtern. Mitte 2018 wurde uns – wahrscheinlich von jemandem, der diese Entscheidungen auch nicht mochte – gesagt, dass sich die Aussichten aufgrund von vorübergehenden Faktoren verschlechtert hätten, die nur von kurzer Dauer wären. Dann hat man uns gesagt, dass diese vorübergehenden und konkreten Faktoren doch ein bisschen länger als erwartet anhalten würden. In der Zwischenzeit dann haben die geopolitischen Ungewissheiten und die handelspolitischen Spannungen zugenommen und sich zu den konkreten Faktoren, die nur für einige Länder galten, hinzuaddiert. Dann hat sich der vorübergehende Abschwung – der ja nach 2017, einem mit Blick auf das Wachstum außergewöhnlichen Jahr, zu erwarten war – verändert und ist zu einer viel stärker ausgeprägten Lücke in der Wachstumsentwicklung geworden, die länger als erwartet andauert und sicherlich auch tiefer als noch vor sechs, sieben, acht, neun Monaten erwartet ist.

Als Reaktion darauf – oder weil sie es zumindest vorausgesehen hat – hat die EZB ihre Wachstumsprognosen mehrmals korrigiert, und das ist der erste Grund, aus dem der EZB-Rat beschlossen hat, tätig zu werden. Der zweite Grund hat mit den Inflationsaussichten zu tun. Die derzeitige U-Kurve gibt die Erwartung, dass politische Maßnahmen ergriffen werden, bereits wieder. Trotzdem erwarten wir für 2021 – das Ende unseres Projektionszeitraums – eine Inflationsrate von 1,5 %, also deutlich unterhalb unseres Ziels, weshalb wir tätig werden mussten. Wenn wir nichts getan hätten, hätten wir unsere langfristigen Aussichten erneut nach

unten korrigieren müssen, und wir hätten unser Mandat der Preisstabilität nicht erfüllt. Das ist also die erste Antwort.

Die zweite Antwort auf die Frage, warum wir immer noch tätig werden, obwohl die Maßnahmen tatsächlich nicht funktioniert haben. Ich möchte kurz in der Zeit zurückgehen. Ich komme hierauf noch einmal zu sprechen, aber ich möchte kurz zurückgehen. Als im Dezember 2014 zum ersten Mal angedeutet wurde, dass es eine quantitative Lockerung geben könnte, betrug die Wahrscheinlichkeit einer Deflation 30 % und die Inflationsrate lag bei -0,6 %. Seit damals haben wir einiges zustande gebracht, das habe ich ja schon gesagt: Die Arbeitslosenquote ist jetzt auf dem niedrigsten Stand seit 2008, und es wurden in weniger als sechs Jahren im Großen und Ganzen mehr als 11 Millionen Arbeitsplätze geschaffen – mehr Arbeitsplätze als beispielsweise in den Vereinigten Staaten. Ich glaube, dass diese Entwicklung zum großen Teil der Geldpolitik zu verdanken war, denn in all den Jahren wurden nicht viele andere Maßnahmen ergriffen. Gleichzeitig – und hier stimme ich Ihnen zu – ist die Inflationsrate aufgrund der Einflussfaktoren und der Zunahme der geopolitischen Unwägbarkeiten noch nicht bei unserem Ziel angelangt, und deshalb handeln wir heute mit der gleichen Zuversicht wie früher, dass sich die Inflation unserem Ziel annähern wird.

1-007-0000

Jonás Fernández (S&D). – Zunächst möchte ich Ihnen auch im Namen meiner Fraktion ebenfalls für die Zusammenarbeit in den letzten Jahren danken. Anders als mein Kollege Ferber war ich noch nicht hier, als Sie Ihr Amt angetreten haben, aber in diesen fünf Jahren war unsere Zusammenarbeit stets loyal – selbstverständlich unter Berücksichtigung der Unabhängigkeit der EZB.

Ich würde Sie gerne nach der Überarbeitung des Rahmens für die Geldpolitik fragen. Der derzeitige Rahmen stammt aus dem Jahr 2003. Man kann also sagen, dass Sie seit 2003 bis heute in gewisser Weise innerhalb dieses Rahmens vorgehen, aber auch innerhalb dieses Rahmens Neuerungen geschaffen haben, ohne dass dieser ausdrücklich überarbeitet worden ist.

Kürzlich haben Sie über die Symmetrie des derzeitigen Ziels der Preisstabilität gesprochen, eine Symmetrie, die meiner Ansicht nach in der aktuellen Definition nicht deutlich genug erläutert wird. Und zu den wissenschaftlichen Debatten über die erforderliche oder etwaige Festlegung der Preisstabilität – nicht mit Blick auf die Inflation, sondern auf das Preisniveau – kommt außerdem noch die Möglichkeit hinzu, Preise von Vermögenswerten wie etwa Immobilien in ein erweitertes Ziel für Preisstabilität aufzunehmen.

Wie Sie wissen, ist auch die etwaige Ausgabe einer Digitalwährung im Gespräch und die Möglichkeit, dass es die Zentralbank den Bürgern erlaubt, Konten beim geldschöpfenden Kreditinstitut selbst zu unterhalten, sodass andererseits die Instrumente der Geldpolitik, die im Moment ja schon ziemlich eingeschränkt sind, erweitert werden können.

Wenn ich das richtig verstanden habe, wird die künftige Präsidentin diese Überarbeitung des Rahmens vorantreiben, und ich würde Sie gerne – nicht so sehr aufgrund der Beschlüsse der letzten Wochen – danach fragen, wie Sie die künftige Entwicklung der Geldpolitik in Europa in den nächsten Jahren einschätzen.

1-008-0000

Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank. – Diese Frage ist schwer zu beantworten. Ich komme zuerst auf Ihre Anmerkung zur Symmetrie zu sprechen. Für uns war Symmetrie ein grundlegendes Merkmal unserer Reaktionsfunktion, denn die Definition von Preisstabilität lautete „unter, aber nahe 2 %“, was vielleicht eine gewisse falsche Wahrnehmung hervorgerufen hat, wir würden Inflationsraten von mehr als 2 % energischer bekämpfen als Inflationsraten von unter 2 %. Mit Blick auf die Vorstellung, wir hätten mehr Probleme mit einer hohen als mit einer niedrigen Inflation, bedeutet die Klarstellung – mehr ist das nicht – zu

Symmetrie nur, dass wir mit derselben Entschlossenheit, derselben Stärke, derselben Entschlusskraft und demselben Engagement vorgehen, egal ob wir uns über oder unter unserem Inflationsziel von „unter, aber nahe 2 %“ befinden.

Genau das bedeutet diese Klarstellung im Prinzip: dass die Inflation höher oder niedriger als 2 % sein kann. Das ist übrigens kein Ziel für das Preisniveau. Es bedeutet nur, dass wir genauso entschlossen reagieren würden. Es geht um unsere Reaktionsfunktion.

Es ist sehr schwer zu sagen, wie sich die Geldpolitik in der Zukunft entwickeln wird. Ich möchte auf eines hinweisen: Ich glaube, ich habe in meiner einleitenden Erklärung deutlich gemacht, dass die Geldpolitik ihren Job erledigt und das auch künftig so sein wird. Wenn ich mich dafür einsetze, dass die Haushaltspolitik eine größere Rolle spielt, dann will ich damit keinesfalls sagen, dass die Geldpolitik ihr Pulver verschossen hat oder ihre Wirksamkeit erschöpft ist. Die Geldpolitik wird auch künftig ihren Job erledigen, aber mit einer aktiven Haushaltspolitik kann sie das schneller und mit weniger Nebenwirkungen tun, und genau das überwachen wir fortwährend.

1-009-0000

Luis Garicano (Renew). – Herr Draghi, anlässlich Ihrer letzten Anhörung im Parlament möchte ich Ihnen zunächst für Ihren wichtigen Beitrag zur Euro-Rettung danken. Im Jahr 2012, als die Märkte gnadenlos über den Euro herfielen, haben Ihre berühmten drei Worte am 26. Juli 2012 im Lancaster House – „whatever it takes“ (alles zu tun) – das Blatt gewendet, und Ihre konservativen Maßnahmen haben das Blatt zugunsten der einheitlichen Währung gewendet. Ich finde, Sie haben die Bürger Europas nicht im Stich gelassen, und ich – wie ganz bestimmt auch viele meiner Kollegen – möchte Ihnen hierfür danken.

Sie werden aber verstehen, dass niemand eine Währung haben möchte, die gerettet werden muss, und in der zweiten Hälfte Ihrer einleitenden Bemerkungen haben Sie darüber gesprochen, dass es im Euro-Währungsgebiet noch immer strukturelle Schwächen gibt. Ich wollte Sie zu diesem zweiten Teil Ihrer Bemerkungen befragen. Wir müssen Maßnahmen ergreifen, um künftige Krisen abzuwenden und um zu vermeiden, dass wir das Euro-Währungsgebiet noch einmal retten müssen. Derzeit liegen vier Punkte auf dem Tisch, teils im Ausschuss, teils von der Kommission. Ich wollte gerne Ihre Meinung dazu hören. Wo liegen Ihre Prioritäten? Sind diese Initiativen ausreichend usw.?

Die erste Maßnahme ist ein gemeinsames Einlagenversicherungssystem, das derzeit in diesem Ausschuss dahinsiecht. Zweitens: ein einziges Wertpapier für das Euro-Währungsgebiet, das staatsanleihebesicherte Wertpapier, das vom Parlament gebilligt wurde und nun im Rat dahinsiecht. Drittens: der Haushalt für das Euro-Währungsgebiet mit möglicherweise einer Arbeitslosenrückversicherung für das Euro-Währungsgebiet. Glauben Sie, dass das das richtige Instrument dafür ist, dass man – wie von Ihnen erwähnt – eine stärker antizyklische Politik auf föderaler oder breiter Unionsebene erzielt? Ursula von der Leyen hat diese Politik angeregt. Und schließlich: Wie können wir die Portfolios von souveränen Banken diversifizieren, damit es weniger Präferenzen für das eigene Land gibt? Welche Initiativen liegen auf dem Tisch und welche halten Sie für machbar? Die Frage lautet also: Müssen wir retten oder nicht, und welche von diesen Initiativen halten Sie für unabdingbar?

Schließlich sind viele Kollegen hier noch immer über ein großes Land des Euro-Währungsgebiets besorgt, das Sie gut kennen – nämlich Italien – und das in 30 Jahren kein Wachstum verzeichnet hat. Was ist los in Italien? Müssen wir uns große Sorgen machen? Warum gibt es in Italien kein Wachstum? Was muss das Land tun, damit es wachsen kann? Es handelt sich ja vermutlich um das größte Risiko für das Euro-Währungsgebiet.

1-010-0000

Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank. – Ich antworte zunächst auf Ihre erste Frage.

Seit 2012, dem Jahr, das Sie angesprochen haben, sind unzweifelhaft Fortschritte erzielt worden: Der Aufbau der Wirtschafts- und Währungsunion ist maßgeblich vorangekommen. Wenn man auf die derzeitigen Schwachpunkte hinweist, darf man nicht vergessen, dass bedeutende Fortschritte erzielt worden sind. Bedenken Sie, dass im selben Jahr – 2012 – auf der Tagung des Europäischen Rates im Juni die Bankenunion ins Leben gerufen wurde.

Bei vielem, was in der nächsten Zeit – den nächsten sechs oder sieben Monaten oder im nächsten Jahr – erledigt werden muss, geht es darum, Dinge zu vollenden, die bereits gebilligt sind: die Bankenunion, die Einlagenversicherung. Manche Dinge wurden gebilligt und müssen besser funktionsfähig gemacht werden. Es gibt noch ein paar andere Dinge, die im Abwicklungsverfahren noch fehlen, wie etwa Liquidität und Abwicklung und noch ein paar andere, aber zuallererst müssen wir das vollenden, was bereits gebilligt worden ist.

Der zweite Bereich ist die Schaffung einer Kapitalmarktunion. Ich glaube, dieses Projekt ist extrem wichtig. Wenn man immer wieder eine wichtigere Rolle des Euro auf der internationalen Bühne fordert – sowie mit Blick auf die Initiativen zur Förderung des internationalen Stellenwerts des Euro –, muss man zuallererst eine Kapitalmarktunion errichten.

Wir fragen uns: Warum spielt der Dollar so eine herausragende Rolle? Weil es einen Kapitalmarkt und ein *Safe Asset* gibt.

All das, was Sie erwähnt haben, greift ineinander. Es ist ein ganzes Paket. Es ist ein schwieriges Paket, und es wird dauern, aber zuallererst muss man – wie üblich – das umsetzen, was gebilligt oder konzipiert worden ist. Bei der Kapitalmarktunion ist beispielsweise eine weitere Harmonisierung der nationalen Insolvenzvorschriften ein weiterer Schritt, der in Angriff genommen werden muss.

Die anderen Schritte sind zwar auch wichtig, aber eindeutig ambitionierter, deshalb werden sie wohl mehr Zeit in Anspruch nehmen. Und übrigens sind diese Schritte nicht nur für den Aufbau der Wirtschafts- und Währungsunion auf lange Sicht wichtig, sondern sie sind unabdingbar dafür, dass Vertrauen geschaffen wird – Vertrauen in Unternehmen und Vertrauen in Haushalte –, damit sie eine positive, eine unmittelbare positive Wirkung auf die wirtschaftliche Lage im Euro-Währungsgebiet zeitigen können. Und die anderen Schritte, die Sie erwähnt haben – das gemeinsame *Safe Asset*, die Rückversicherung, der Haushalt des Euro-Währungsgebiets usw. –, sind notwendig, um die Schwächen der Währungsunion zu bekämpfen. Es gibt auf der ganzen Welt keine Währungsunion ohne Haushaltspolitik.

Die Fortschritte sind also greifbar, das Euro-Währungsgebiet und der Euro sind jetzt viel stärker, und wenn ich mich nicht täusche, weisen alle Erhebungen der Europäischen Union darauf hin, dass die Akzeptanz des Euro in der öffentlichen Meinung noch nie so hoch war wie jetzt. Aber – das habe ich schon gesagt – diese Dinge müssen erledigt werden, und das wird kein kurzer politischer Spaziergang. Mittel- bis langfristig ist das möglich, und deshalb ist eine frühzeitige politische Festlegung so wichtig.

Nun zur zweiten Frage: Die ist sehr komplex und berührt so viele Aspekte, dass ich sie zum jetzigen Zeitpunkt wirklich nicht beantworten kann. Aber sie betrifft ganz sicher – und das gilt nicht nur für Italien, sondern auch für eine Reihe anderer Länder – die Agenda für Strukturreformen.

Jedes Land hat seine eigene Agenda für Strukturreformen, bei der es nicht unbedingt nur um den Haushalt geht. Strukturreformen sind ein viel umfassenderes Konzept bzw. eine viel umfassendere Kategorie, die für gewöhnlich beispielsweise eine Arbeitsmarktreform beinhaltet. Das kann irgendwann wichtig werden, aber genauso wichtig – oder sogar noch wichtiger – ist eine Reform des Produktmarkts oder eine Erhöhung des Wettbewerbs, die deshalb wohl zuerst in Angriff genommen werden sollten. Andere Bereiche hier sind die Justiz, das Bildungswesen, Forschung usw.

Darum sollte sich jedes Land kümmern, wenn es Wachstum Priorität einräumt – was der Fall sein sollte.

1-011-0000

Philippe Lamberts (Verts/ALE). – Herr Präsident! Als Sie Ihr Amt angetreten haben, war ich gerade zum MdEP gewählt worden. Wir hatten also das Vergnügen, diese acht Jahre sozusagen gemeinsam zu verbringen, und ich werde noch der ersten Hälfte der Amtszeit von Frau Lagarde beiwohnen. Ich möchte mich dafür bedanken, dass Sie dieses gemeinsame Gut – den Euro – geschützt haben. Er weist zwar in der Konzipierung Schwächen auf, die nach wie vor vorhanden sind, aber es wäre doch eine große Katastrophe, wenn der Euro abgeschafft werden würde. Ich glaube, Sie haben gute Arbeit geleistet. Niemand kann Sie der Unentschlossenheit beschuldigen: meine Anerkennung hierfür.

Wie Sie sich sicher denken können, heißt das aber nicht, dass wir in allen Fragen mit Ihnen einig sind. Im Grunde haben Sie die Krise in einem Tsunami aus Liquidität ertränkt, und Sie haben natürlich auf die Standardmethode zurückgegriffen. Sie haben das Finanzsystem in diesem Tsunami aus Liquidität ertränkt, und Sie haben sich darauf verlassen, dass das Finanzsystem diese Liquidität effizient verteilt. Wir sind nicht Ihrer Ansicht, dass das Finanzsystem das tut. Ich sage nicht, dass es das nicht kann, aber es tut es nicht. Wenn man sich die Ungleichheit und – noch wichtiger – unseren ökologischen Fußabdruck und die Klimakrise ansieht, dann kann man nicht behaupten, dass der Finanzsektor Gelder wirksam verteilt.

Sie haben vielleicht gedacht, dass man im Finanzsektor eine Lehre aus der Finanzkrise gezogen hat. Schön wär's!

Es hätten andere Methoden wie zum Beispiel Helikoptergeld in Betracht gezogen werden können. In Ihrer Antwort an Jonás Fernández vorhin haben Sie gesagt, Sie müssten sehen, ob es sich hier um Haushaltspolitik handelt, und offensichtlich sind Sie zu dem Schluss gekommen, dass dem so ist. Wenn Sie Studien haben, aus denen das hervorgeht, würde ich die gerne einmal sehen, denn wenn ich mir die Maßnahmen anschau, die Sie ergreifen, dann könnte man diese als Helikoptergeld für Reiche bezeichnen.

Ich weiß, dass Sie abstreiten, dass die quantitative Lockerung die Ungleichheit vergrößert: Sie sagen als Gegenargument, dass wir ohne quantitative Lockerung in eine schlechtere Wirtschaftslage geraten, die die Ungleichheit vergrößert. Aber das klingt so, als wären die Alternativen nur Untätigkeit und quantitative Lockerung – dabei könnte man die quantitative Lockerung auf verschiedene Weise vornehmen. Und an dieser Stelle sollten wir die Auswirkungen auf die Ungleichheit vergleichen. Hierzu würde ich gerne Ihre Meinung hören.

Ein Gesichtspunkt ist Ungleichheit, und der andere ist die Aufstockung von Investitionen zur Bekämpfung des Klimawandels und zur Verkleinerung unseres ökologischen Fußabdrucks. Hier haben Sie gesagt, dass Sie das nicht entscheiden können. Aber diese Liquidität ist doch an Stellen geflossen, an denen sie nicht nur als Ablenkung dient, sondern der Bekämpfung des Klimawandels tatsächlich schadet.

1-012-0000

Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank. – Zur Ungleichheit: Wie Sie zu Recht gesagt haben, haben wir öfter darüber gesprochen, und wir haben handfeste Belege dafür, dass die quantitative Lockerung hier besser geworden ist, nämlich die niedrigere Arbeitslosigkeit, die ja die größte Ursache für Ungleichheit ist. Es ist doch klar: Wenn die Preise für Vermögenswerte steigen, dann sind die, denen die Vermögenswerte gehören, normalerweise wohlhabend, dann hat man unmittelbar einen Verteilungseffekt. Gleichzeitig sind dann wohl auch die Immobilienpreise gestiegen. Aber wenn sich die Aufregung gelegt hat und man sich die Arbeitslosigkeit anschaut und die Tatsache, dass elf Millionen Arbeitsplätze geschaffen wurden, dann heißt das doch: weniger Ungleichheit, denn – das habe ich schon gesagt – Arbeitslosigkeit ist die größte Ursache für Ungleichheit.

Wenn man Geldpolitik macht – und das gilt nicht nur für das Euro-Währungsgebiet, sondern für jede Zentralbank weltweit –, dann stellt man in gewisser Weise über die Kanäle, die es zu dem Zeitpunkt gibt, Liquidität bereit. In Europa dominieren die Banken, wir haben also eine bankbasierte Wirtschaft, und unsere Geldpolitik geht über den Darlehens-Transmissionskanal des Bankensystems. In den Vereinigten Staaten geht sie eher über die Finanzmärkte, aber so ist jetzt die Sachlage.

Ist das – wie Sie sagen – die beste Möglichkeit, um Liquidität zu verteilen, wenn Sie Ziele wie die Bekämpfung des Klimawandels oder die Verringerung von Ungleichheit wirksamer und effektiver angehen wollen? Wahrscheinlich nicht. Es gibt sicher noch andere Möglichkeiten hierfür. Manche neuen Konzepte in der Geldpolitik wie zum Beispiel die *Modern Monetary Theory* (MMT) und aktuelle Veröffentlichungen mehrerer Autoren – zum Beispiel von Professor Fischer – sehen tatsächlich andere Möglichkeiten vor, wie Geld in die Wirtschaft gelangen kann.

Hier handelt es sich objektiv um ziemlich neue Ideen. Sie wurden im EZB-Rat bislang nicht besprochen, wir sollten sie uns deshalb einmal ansehen. Sie wurden aber auch nicht getestet, und wenn Sie sie sich näher ansehen, bemerken Sie, dass die Aufgabe, Geld an verschiedene Akteure zu verteilen, typischerweise eine Aufgabe für die Finanzpolitik ist. Das muss eine Regierung entscheiden, nicht die Zentralbank. Und Sie wollen bestimmt nicht, dass die Zentralbank entscheidet, wer das Geld bekommt.

Es gibt also mehrere Aspekte, die bei diesen neuen Ideen geprüft werden müssen, aber ein zentrales Merkmal ist, dass die Politik hier steuernd eingreift.

1-013-0000

Antonio Maria Rinaldi (ID). – Herr Präsident Draghi, ich bin mir ganz sicher, dass Sie eines Tages als der Mann, der den Euro gerettet hat, in die Geschichte eingehen werden. Wenn Sie nicht von Beginn an unkonventionelle Konjunkturförderungsmaßnahmen ergriffen hätten, wären wir jetzt mit Sicherheit in einer schlechteren Lage. Wenn ich das sage, erweise ich Ihnen – wie man so sagt – die militärische Ehre.

Ich möchte aber trotzdem noch etwas anmerken, meine persönliche Meinung. Sie haben die im Mandat und in der Satzung der Europäischen Zentralbank verankerten Befugnisse genutzt. Ich würde sogar sagen, dass Sie im eigentlichen Wortsinn Wunder vollbracht haben. Ich würde Ihnen gerne die folgende Frage stellen: Wie lange kann eine Zentralbank wie die europäische Ihrer Ansicht nach weitermachen, ohne dass die Mitgliedstaaten haushaltspolitisch tätig werden? Man kann noch so gute Arbeit leisten, das gesamte System des Euro muss aber trotzdem komplett reformiert werden.

Ich würde Ihnen jetzt gerne eine provokative Frage stellen, Herr Präsident: Können Sie uns am 1. November, also praktisch unmittelbar nach dem Ende Ihres Mandats, sagen, wie die Europäische Zentralbank beschaffen sein muss, damit wir ein Euro-Währungsgebiet bekommen, das vielleicht nicht optimal ist, aber dem Optimum nahekommt? Im Übrigen ist ja

bekannt, dass sämtliche anderen Zentralbanken anders aufgebaut sind. Zusätzlich zu ihrer Eigenschaft als Kreditgeber letzter Instanz haben sie etwa nicht nur ein Inflationsziel, sondern auch andere Vorgaben wie beispielsweise ein Beschäftigungsziel. Außerdem möchte ich Sie daran erinnern, dass Beschäftigung in vielen Verfassungen ein Kernanliegen ist.

Dann möchte ich noch darauf hinweisen, dass sämtliche anderen Zentralbanken noch einen anderen Vorteil haben, sie steuern nämlich den Wechselkurs. Leider scheint der Euro den anderen Währungen unterlegen zu sein, und hier glaube ich, dass die quantitative Lockerung geholfen hat, da viele Akteure bei der Neuanlage dieser ganzen Liquidität häufig auf andere Währungen ausgewichen sind und auf diese Weise den Wechselkurs des Euro niedrig gehalten haben.

Ich wollte Sie also fragen: Können Sie uns nach dem 1. November mehr verraten? Anders formuliert: Wie hätte die EZB beschaffen sein sollen, und wie sollte sie jetzt beschaffen sein?

1-014-0000

Mario Draghi, *Präsident der Europäischen Zentralbank*. – Zunächst einmal vielen Dank für Ihr Lob. Zweitens: Ich habe keine Ahnung, was ich ab dem 1. November mache. Aber ich möchte jetzt etwas klarstellen.

Zunächst spricht vieles dafür, dass wir im Euro-Währungsgebiet ein Haushaltsinstrument bekommen. Ich kann es auch besser und allgemeiner ausdrücken: Es spricht vieles dafür, dass die haushaltspolitische Abstimmung im Euro-Währungsgebiet verbessert wird. Das aber bedeutet zweierlei. Erstens: Die Haushaltsregeln der Mitgliedstaaten dürfen nicht so prozyklisch sein. In den letzten 15 Jahren hat sich gezeigt, dass sie sehr prozyklisch sind.

In guten Zeiten – vor der Krise – haben viele Länder ihre Haushaltsdefizite erhöht und keine Puffer aufgebaut. Als dann die Krise ausgebrochen ist, konnten die Länder mit Puffern diese Puffer tatsächlich stabilisierend und insbesondere zur Rettung ihrer Banken nutzen. Wir vergessen, dass die Banken in manchen Ländern zu Beginn der Krise 2009/2010 eigentlich „kaputt“ waren und dass sie großzügige Unterstützung aus den Staatshaushalten und von den Steuerzahlern erhalten haben, weil in diesen Haushalten Puffer waren. Andere Länder wiederum hatten keine Puffer und konnten ihren Banken nicht helfen, die daraufhin in eine dauerhafte Krise geraten sind, die immer noch anhält. In vielen dieser Länder war die Haushaltspolitik während der Krise extrem kontraktiv, weil es keine Puffer gab, aber auch aus anderen Gründen. Das muss also zuallererst erledigt werden. Hier kann die EZB nicht wirklich weiterhelfen. Das müssen in erster Linie Sie – das Parlament, die Kommission – übernehmen.

Zweitens: die Schaffung eines Haushaltsinstruments, das in erster Linie auf die Stabilisierung der Wirtschaft im Euro-Währungsgebiet abzielen könnte. Das ist – wie ich gesagt habe – ein langfristiges Projekt, weil es politisch eindeutig herausfordernd ist. Und hier wäre es wirklich wichtig, bereits jetzt eine politische Festlegung zu haben, auch wenn man noch nicht ganz genau weiß, wohin der Weg führen wird. Aber damit dieses Instrument Wirkung zeitigen kann, sollte es auf Stabilisierung ausgerichtet sein. Es sollte einen angemessenen Umfang haben, damit es glaubwürdig ist. Es sollte mehr oder weniger automatisch und zeitnah zum Einsatz kommen. Deshalb ist der Automatismus bei diesem Instrument so wichtig. Nochmal: Beispiele aus anderen Währungsunionen könnten sehr hilfreich sein. Vermutlich ist genau das in den Vereinigten Staaten vorhanden. Das ist die Art haushaltspolitischer Neuausrichtung, die wir für die Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion brauchen.

Zu Ihrer zweiten Frage nach unserem Mandat: Wäre es nicht besser, wenn wir ein doppeltes Mandat hätten und nicht nur der Preisstabilität verpflichtet wären? Diese Frage ist – wie Sie sich vorstellen können – sehr, sehr oft gestellt worden, und wir haben bestimmt nicht viel zu

sagen, wenn Mandate verfasst werden. Wir erfüllen zwar Mandate, aber wir verfassen sie nicht. Sie verfassen Mandate, Sie, die Gesetzgeber.

Aus praktischer Sicht ist es so, dass in den letzten Jahren geforscht wurde und dabei herauskam – Sie können das gern prüfen, ich weiß nicht, wie aktuell diese Forschungsergebnisse sind –, dass, wenn Sie sich die Dinge nachträglich ansehen, das Resultat im Großen und Ganzen dasselbe ist, egal ob Sie ein Mandat oder zwei Mandate haben. Es gibt keinen großen Unterschied. Wenn man sich unsere Reaktionsfunktion ansieht, dann bemerkt man zum Beispiel, dass wir nun beinahe Vollbeschäftigung im Euro-Währungsgebiet haben, auch wenn von Preisstabilität nicht die Rede sein kann, was bedeutet, dass wir die Voraussetzungen dafür geschaffen haben, dass in der Zukunft Preisstabilität erreicht werden kann.

Wir haben jetzt einen Anstieg der Nominallöhne, der sich im langjährigen Mittel bewegt, aber das schlägt sich nicht in den Preisen nieder. Aus mehreren Gründen, auf die wir gleich noch näher eingehen können, braucht das noch Zeit. Aber im Grunde sieht man, dass es schwierig wäre, die Ergebnisse aus einem dualen oder aus einem Mandat, wie wir es jetzt haben, auseinanderzuhalten.

Abschließend komme ich zum Wechselkurs: Beim Wechselkurs sitzen wir alle – wir, die Vereinigten Staaten, das Vereinigte Königreich, Japan, alle großen Zentralbanken – im selben Boot. Wir greifen nicht ein. Oder besser: Wir sind an den Konsens der G20 gebunden, der kompetitive Abwertungen verbietet, und daran halten wir uns und glücklicherweise bislang auch die anderen. In dieser Hinsicht glaube ich also nicht, dass der Euro gegenüber anderen Ländern besonders schwach ist.

1-015-0000

Johan Van Overtveldt (ECR). – Vielen Dank, Herr Draghi, dass Sie bei uns sind, und ich wünsche Ihnen bereits jetzt natürlich das Allerbeste für die Zeit nach dem Ende Ihres Mandats als Präsident der Europäischen Zentralbank.

Ich würde gerne drei Punkte ansprechen, und ich würde mich sehr freuen, wenn Sie anschließend dazu Stellung nehmen könnten. Erstens: Nochmal zum Wechselkurs: Wenn ich mir die Beschlüsse des letzten EZB-Rates anschau, dann kann ich mir kaum vorstellen, dass sich diese Beschlüsse maßgeblich auf Investitionsentscheidungen und das Verbraucherverhalten auswirken, wobei Sie Ihre berechtigten Bedenken über das Wirtschaftswachstum sehr deutlich geäußert haben. Deshalb nehme ich an, dass es noch ein anderes Ziel gibt, das etwas mit dem Wechselkurs zu tun hat. Vielleicht nehmen Sie vorweg, dass sich andere Zentralbanken ebenfalls wieder in Richtung einer vermehrten quantitativen Lockerung und in Richtung von Konjunkturförderungsmaßnahmen bewegen werden, und handeln proaktiv mit Blick auf die Auswirkungen auf unseren Wechselkurs, wenn diese Maßnahmen umgesetzt werden.

Zweitens: Sie haben ein Ankaufprogramm in Höhe von 20 Mrd. EUR monatlich gestartet, das so lange wie notwendig laufen wird, und Sie weisen auch darauf hin, dass wir – die Bank – weitergehen können. Heißt das, dass Sie in Erwägung ziehen, dass die EZB unter Umständen schlussendlich mehr riskante private Vermögenswerte ankaufen und/oder das selbst auferlegte Limit bei dem Bestand an öffentlichen Schuldtiteln aufheben wird?

Drittens: Sie haben den Konsens im EZB-Rat bezüglich der größeren Rolle der Haushaltspolitik erwähnt. Aber natürlich haben wir alle in den Nachrichten Berichte über die Abstimmung im EZB-Rat von vor zwei Wochen gesehen, und die war doch eher – wie soll ich sagen – für den EZB-Rat ungewöhnlich umstritten. Was können Sie in der Rückschau dazu sagen?

1-016-0000

Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank. – Zunächst einmal: Sind unsere Maßnahmen wirksam? Eigentlich braucht man keine konkreten Zahlen: Schauen Sie sich einfach die Zahl der in sechs Jahren geschaffenen Arbeitsplätze an, auf die ich eben hingewiesen habe, oder schauen Sie sich die Arbeitslosenquote oder andere Dinge an. Aber tatsächlich haben wir auch konkrete Zahlen: Wenn man alle Maßnahmen berücksichtigt, die zwischen Mitte 2014 ergriffen bzw. bis Juni 2019 beschlossen wurden – also nicht die jüngsten –, wird die Gesamtwirkung auf das Wachstum des realen BIP des Euro-Währungsgebiets und auf die Inflation im Euro-Währungsgebiet in beiden Fällen auf kumulativ etwa 2,2 % zwischen 2016 und 2021 geschätzt. Wir sind uns also sicher, dass unsere Maßnahmen wirksam sind.

Zweitens: Als die Experten der EZB die Prognosen vor der Sitzung des EZB-Rats nach unten korrigiert haben und diese Korrektur bei Wachstum und Inflation die geldpolitischen Beschlüsse ausgelöst hat, beruhten diese Prognosen auf einer Renditekurve, einem Satz von Zinssätzen, der bereits manche Erwartungen unserer geldpolitischen Maßnahmen und den schlechteren wirtschaftlichen Ausblick vorweggenommen hat. Wenn wir nicht tätig geworden wären, hätten wir – das habe ich eben schon gesagt – nicht nur die Inflation, sondern auch das Wachstum noch stärker nach unten korrigieren müssen, was uns noch weiter weg von unserem Mandat gebracht hätte.

Drittens: die Diskussion im EZB-Rat: Die von uns ergriffenen Maßnahmen sind mit einer klaren Mehrheit angenommen worden.

1-017-0000

José Gusmão (GUE/NGL). – Ich habe zwei Anmerkungen und zwei Fragen: In erster Linie denke ich, dass derzeit Einvernehmen darüber besteht, welche Rolle die Währungspolitik dabei gespielt hat, dass ein Zusammenbruch des Euro-Währungsgebiets verhindert wurde. Meiner Ansicht nach kann man nicht behaupten, dass die EZB mit ihrem Mandat ähnlich wie andere Zentralbanken vorgegangen sei, die andere Mandate haben. Dies ließe sich zwar noch mit einigem Recht in Bezug auf Ihr Mandat bei der EZB sagen, nicht jedoch in Bezug auf die Antwort der EZB, ihre unmittelbare Antwort auf die Krise, beispielsweise wenn man diese mit der Antwort der FED vergleicht.

Der zweite Punkt, den ich hervorheben möchte, ist, dass es sehr positiv ist, dass nunmehr über Instrumente für eine antizyklische Fiskalpolitik gesprochen wird, insbesondere, wenn man die im Euro-Währungsgebiet im Zuge der Krise gegebene Antwort bedenkt; allerdings ist es ein wenig enttäuschend, dass diese Antwort auf Länder beschränkt bleibt, die einen Spielraum für die Fiskalpolitik haben. So hat das Land, aus dem ich komme, seine öffentlichen Schulden um zehn Prozentpunkte gesenkt, und zwar im Wesentlichen mithilfe der positiven Auswirkungen des Wachstums auf die öffentlichen Haushalte; daher erfüllt die Fiskalpolitik nicht nur den Zweck der makroökonomischen Stabilisierung, sondern sie ist auch für die Gleichstellungspolitik, die Umweltpolitik, die Entwicklungspolitik und für Maßnahmen zur Lösung struktureller Probleme von Belang. Deswegen möchte ich besser nachvollziehen können, weswegen Sie es ablehnen, dass die überschuldeten Volkswirtschaften des Euro-Währungsgebiets das Niedrigzinsumfeld auch dazu nutzen, eine antizyklische Fiskalpolitik zu verfolgen.

Zweitens und abschließend möchte ich wissen – in diesem Zusammenhang habe ich bereits widersprüchliche Dokumente der EZB gesehen – ob Sie nicht in Betracht ziehen, dass die jüngsten Entwicklungen auf den Arbeitsmärkten und die an die Mitgliedstaaten ergangenen Empfehlungen, die Arbeitsmärkte zu flexibilisieren und Mechanismen für Tarifverträge und Tarifverhandlungen auf dem Arbeitsmarkt abzubauen, dass dieser Prozess also auch dazu beigetragen hat, dass wir uns mit Lohnaufbesserungen und folglich mit einer ordnungsgemäßen Umsetzung der Geldpolitik so schwertun.

1-018-0000

Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank. – Zu Ihrer ersten Frage: Natürlich sollten hoch verschuldete Länder eine vorsichtige Haushaltspolitik verfolgen, damit die Gesamtlage, in der sie derzeit Marktzugang haben, nicht destabilisiert wird. Wir haben das ja vor ein paar Jahren erlebt, und das war ganz sicher weder für das Wachstum noch für die Beschäftigung gut. Deshalb sagte ich, dass die Haushaltsregeln neu ausgerichtet werden sollten. Die bislang bestehenden Haushaltsregeln waren lange Zeit sinnvoll und effektiv. Jetzt sind sie dahingehend sinnvoll, dass sie eine übermäßige Anhäufung von Schulden oder Defiziten vermeiden, aber sie sind lange nicht so effektiv wie eine Vorschrift über antizyklische Stabilisierung. Diese Vorschriften müssen also überarbeitet werden. Deshalb ist insbesondere für Länder mit einer umsichtigen Haushaltspolitik ein zentrales Instrument für die Haushaltsstabilisierung in der Art, wie ich das vorhin erwähnt habe, so wichtig. Es können asymmetrische Schocks in Ländern auftreten, die dann über die Puffer verfügen sollten, die ihnen bei der Bewältigung der Lage helfen können, und dann gibt es ja generell auch noch destabilisierende Schocks in der Wirtschaft des Euro-Währungsgebiets insgesamt, bei denen ein zentrales Haushaltsinstrument einen hohen Stellenwert einnehmen kann.

Nun vergessen wir oft – weil in den letzten Jahren kaum Fortschritte erzielt wurden –, dass Strukturreformen das einzige Instrument sind, das Volkswirtschaften zur Verfügung steht, um das Wirtschaftswachstum auf lange Sicht zu steigern. Ich spreche jetzt nicht – wie ich schon gesagt habe – konkret über Arbeitsmarktreformen. Ich spreche über Wettbewerb und über Reformen des Justiz- und des Bildungswesens, und hier ist es insbesondere in Ländern, in denen das Wachstum instabil ist, sehr wichtig, dass Strukturreformen unternommen werden.

Speziell zu Ihrer Frage, ob es einen Vorschlag für einen Abbau gegeben hat: nicht dass ich wüsste. Darüber ist mir nichts bekannt.

1-019-0000

Vorsitzende. – Wir kommen nun zur zweiten Fragerunde. Da wir für die erste Runde länger als vorgesehen gebraucht und nicht mehr viel Zeit haben, möchte ich Sie an die folgenden Zeitvorgaben erinnern: Ich gebe Ihnen vier Minuten für jede Frage: eine Minute für die Frage und drei Minuten für die Antwort. Andernfalls schaffen wir es nicht. Tut mir leid.

1-020-0000

Lud k Niedermayer (PPE). – Sehr geehrte Frau Vorsitzende, ich würde mich gerne den anderen Rednern anschließen und Mario Draghi für seine hervorragende Arbeit danken. Ich bin von der Kompetenz, der Entschlossenheit und dem Mut, die er in den letzten Jahren an den Tag gelegt hat, sehr beeindruckt.

Ich möchte drei Punkte aus Ihrer Rede aufgreifen, Herr Draghi. Zunächst habe ich Ihrer Mitteilung über die Hinweise auf die künftige Zinspolitik sehr genau zugehört, und mir scheint, dass sie der Inflationsmitteilung, die ich für die politische Transparenz für vorteilhaft halte, sehr nahekommt. Können Sie das bestätigen?

Zweitens: Sie haben erwähnt, dass es erforderlichenfalls noch viel Raum für die Geldpolitik gibt, weil wir uns noch in die eine oder andere Richtung bewegen und diesen Raum noch brauchen könnten. Ich nehme an, dass Sie hier auch noch niedrigere Zinssätze meinen, die – wie Sie gesagt haben – zweckmäßig wären. Ich frage mich, inwieweit in diesem Fall das Bargeld – die im Umlauf befindlichen Münzen und Banknoten – ein gewisses Hindernis bei der Umsetzung der Politik der negativen Zinssätze darstellen könnten.

Und nicht zuletzt bin ich etwas verwirrt darüber, dass ein sehr robuster Arbeitsmarkt mit einer hohen Beschäftigung und sehr hohen Löhnen mit einer so niedrigen Inflation einhergeht. Ich weiß, dass es sich hier nicht um ein generelles Phänomen handelt, aber ich frage mich, inwieweit Sie sich Sorgen darüber machen, ob die Vermögenspreisinflation in manchen Fällen eine fehlende Variable sein könnte – mit Blick auf die sehr hohen Immobilienpreise in manchen

europäischen Ländern und mit Blick auf Länder mit sehr hohen Preisen für finanzielle Vermögenswerte wie die USA usw.

1-021-0000

Mario Draghi, *Präsident der Europäischen Zentralbank*. – Zu Ihrer ersten Frage: Selbstverständlich heben wir hier auf die Inflation ab, und das wir ja in gewisser Weise immer unser Ziel. Wir haben hier die Symmetrie unserer Reaktionsfunktion klargestellt und unsere Hinweise auf die künftige Zinspolitik gestärkt und erweitert, indem wir von auf einer Zeitschiene beruhenden Hinweisen – bei denen wir sagen würden, dass die Zinsen bis zu dem und dem Datum auf dem jetzigen oder einem niedrigeren Stand bleiben – zu zustandsabhängigen Hinweisen übergegangen sind. In diesem Fall sagen wir, dass die Zinssätze so lange auf dem jetzigen Stand oder niedriger sein werden, bis sich die Inflation dauerhaft unserem Inflationsziel annähert.

Zu Ihrer zweiten Frage: Bislang sehen wir keinen Widerspruch zwischen Bargeld und negativen Zinssätzen. Bislang nicht. Außerdem sollte die Einführung eines mehrstufigen Systems die Banken in eine Lage versetzen, in der sie die Negativzinsen nicht mehr unbedingt an ihre Kunden weitergeben müssen, um ihre Möglichkeiten, die Wirtschaft mit Darlehen zu versorgen, aufrechtzuerhalten.

Der dritte Punkt betrifft die Transmission. Die nominalen Lohnzuwächse liegen derzeit in allen Ländern nahe oder über dem langjährigen Mittel. Und ein weiterer interessanter Aspekt – ein positiver Aspekt – der derzeitigen Lage besteht übrigens darin, dass sich der Dispersionsindex für das Wertschöpfungswachstum in den Ländern des Euro-Währungsgebiets bzw. für das nominale Lohnwachstum in den Ländern des Euro-Währungsgebiets seit einiger Zeit auf einem historischen Tief befindet.

Die höheren Nominallöhne schlagen sich noch nicht in höheren Preisen nieder. Der Einschätzung der EZB zufolge liegt das zum Teil daran, dass die Unternehmen diese höheren Lohnkosten mit ihren Gewinnspannen auffangen, und deshalb ist es so wichtig, dass die Nachfrage anhält.

Wenn man sich wieder die USA anschaut, dass sieht man, dass der Konsum auf einem hohen Niveau bleibt, weil auch die Beschäftigung auf einem hohen Niveau liegt: Der Arbeitsmarkt ist so robust wie niemals zuvor. Wir wollen dafür sorgen, dass das auch im Euro-Währungsgebiet passiert, in dem wir festgestellt haben, dass der Arbeitsmarkt an Dynamik verliert. Insgesamt gesehen verbessert er sich noch, aber die Dynamik hat sich abgeschwächt, und in manchen Ländern hat sich die Entwicklung sogar umgekehrt. Deswegen beobachten wir diesen Punkt sehr genau, denn das Fundament für die Erholung ist letzten Endes der Konsum.

1-022-0000

Costas Mavrides (S&D) – – Sehr geehrter Herr Draghi, ich glaube, dass sich künftige Generationen in erster Linie aufgrund Ihrer Entschlossenheit in Anbetracht der Finanzkrise und Ihres Geschicks bei der Euro-Rettung an Sie erinnern werden. Ich glaube außerdem, dass dies die Motivation einiger Ihrer Kritiker erklären dürfte, da Sie mit dem Euro tatsächlich das Europäische Projekt gerettet haben.

Ich muss mich jetzt aber in meinem Lob mäßigen. Als ich 2014 zum MdEP gewählt wurde, lautete die erste Frage, die ich Ihnen gestellt habe: „Wann wird die europäische Bankenunion mit einer Einlagenversicherung vervollständigt?“ Ich weiß noch, dass Sie darauf geantwortet haben, dass die Politik hier Fortschritte machen müsse. Wir erwarten nun von Mario Draghi mit seinem Geschick und seiner Entschlossenheit, dass er uns sagt, wie er – abgesehen von technischen Belangen – das sieht.

Ich möchte auch noch kurz auf einen anderen Punkt zu sprechen kommen, den Sie bereits erwähnt haben. Stimmen Sie den Gouverneuren der US-Fed darin zu, dass der Zusammenhang

zwischen Beschäftigungsniveau und Lohnzuwächsen in der Praxis schwächer geworden ist? Wir müssen diese Frage noch einmal eingehender beleuchten und überlegen, ob die Finanzkrise vielleicht von der alarmierenden Schwäche der Gewerkschaften ausgelöst wurde.

1-023-0000

Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank. – Zu Ihrer ersten Frage: Ich glaube, dass die EZB – nicht unbedingt nur die EZB, sondern die EZB und die Kommission auf Initiative des Europäischen Rates – die Errichtung der Bankenunion maßgeblich vorangetrieben hat, und zwar durch die Schaffung des einheitlichen Aufsichtsmechanismus (SSM). Überlegen Sie mal: Diese Einrichtung, die nun das Bankensystem im Euro-Währungsgebiet beaufsichtigt, wurde innerhalb kürzester Zeit geschaffen. Sie wird die Zahl ihrer Beschäftigten innerhalb kürzester Zeit von null auf mehrere tausend erhöhen. Und sie arbeitet mit allen nationalen Aufsichtssystemen zusammen. Wir haben hier also wohl einen sehr bedeutenden Beitrag zur Schaffung der Bankenunion.

Aber es gibt noch viel zu tun. Wenn wir eine wirkliche Bankenunion wollen, müssen wir die sogenannten nationalen Optionen und Ermessensspielräume begrenzen, die die Bankenunion noch immer fragmentieren, und hierfür sind wir zu 100 % auf die nationalen Regierungen angewiesen. Die Vollendung der Bankenunion liegt also zu einem großen Teil in der Verantwortung der nationalen Regierungen. Die EZB allerdings wird weitere Verbesserungen bei der Aufsicht anstreben.

Die zweite Frage bezieht sich auf den Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Inflation. Dieser Zusammenhang hat sich in den letzten 15 Jahren aus mehreren Gründen gewandelt: aufgrund der schwächeren Inflationserwartungen, der andauernden Krise, der Globalisierung, des von der Globalisierung ausgeübten Drucks auf das Preisniveau usw. Aber ein Zusammenhang ist da. Wir – die EZB und ihre Experten – glauben an die sogenannte Phillips-Kurve. Die Phillips-Kurve wird nach wie vor in sämtlichen empirischen Forschungsarbeiten herangezogen und ist im Prinzip der Grundstein unserer Überzeugung, dass sich die Inflation unserem Inflationsziel annähern wird.

1-024-0000

Stéphanie Yon-Courtin (Renew). – Frau Vorsitzende! Herr Draghi, ich möchte mich bei Ihnen für die während Ihrer Amtszeit geleistete Arbeit bedanken.

Mein erster Punkt: Sie haben kürzlich darauf hingewiesen, dass die Bürger Europas die Vorteile der wirtschaftlichen Integration, die die Europäische Union geschaffen hat, im Großen und Ganzen schätzen. Sie haben außerdem angemerkt, dass 75 % der Einwohner des Euro-Währungsgebiets dem Euro und der Währungsunion positiv gegenüberstehen.

Nun sieht die öffentliche Meinung aber die politischen Strukturen der Europäischen Union viel skeptischer, angefangen bei der Geldmaschine, für die die EZB symbolisch steht und die sowohl Bürgern als auch Unternehmen, aber in erster Linie den Bürgern, die wir vertreten, sehr abgehoben und unbegreiflich erscheint.

Wie kann Ihrer Ansicht nach die öffentliche Meinung besser an den Beschlüssen der EZB beteiligt werden, und wie können diese Beschlüsse besser verständlich gemacht werden? Wie kann besser kommuniziert werden? Wie können wir – das Europäische Parlament – stärker in diesen Aufklärungsprozess einbezogen werden? Das wäre meine erste Frage.

Dann noch eine kurze zweite Frage, ich würde Sie um eine ganz kurze Antwort bitten. Herr Draghi, es ist Zeit, Bilanz zu ziehen. Nach einer Amtszeit von acht Jahren als Präsident: Worauf sind sie am meisten stolz, und womit sind Sie am wenigsten zufrieden? Ganz kurz, bitte.

1-025-0000

Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank. □ Lassen Sie mich zunächst die erste Frage beantworten.

Der Euro ist das greifbarste Zeichen für die europäische Integration, mit dem unsere Bürger täglich zu tun haben. Im Laufe der Jahre haben gewählte Vertreter und Entscheidungsträger – hier und in anderen Parlamenten – zu Recht darauf hingewiesen, dass die langfristige Aufrechterhaltung von Wohlstand und Stabilität eine Herausforderung ist, die wir gemeinsam angehen müssen, und gemeinsam sind wir stärker.

Heute sind unsere Volkswirtschaften in einem Maße integriert, das sich niemand vorstellen konnte, als der Euro konzipiert wurde, und die Menschen haben das begriffen. Die Ausfuhren innerhalb der EU sind von 13 % des BIP der Europäischen Union im Jahr 1992 auf derzeit 20 % gestiegen. Was aber noch wichtiger ist: Die Wertschöpfungsketten sind übergreifend, was wir bedauerlicherweise daraus ableiten können, dass unmittelbar auch andere Länder betroffen sind, wenn ein Land in eine Rezession gerät.

Zweitens: Der Euro hat – wenn Sie sich zwei Jahrzehnte anschauen – Preisstabilität gebracht, und das haben die Bürger im Großen und Ganzen begriffen.

Der Punkt Kommunikation, den Sie angesprochen haben, hat zwei Aspekte. Zunächst ist es so, dass die Kommunikationspolitik der EZB in konkreten Ländern stark von der Kommunikationspolitik der nationalen Zentralbank abhängt. Wenn die nationale Zentralbank die Politik der EZB unterstützt, dann ist die Kommunikation sehr gut und sehr wohlwollend. Die öffentliche Meinung ist sehr positiv, und das sollte geschätzt und aufrechterhalten werden.

Zweitens: Generell sollte man sich nicht nur an die Märkte und die Banker richten, sondern man sollte auch die Sprache der Bürger sprechen. Ich bin hier ganz auf Ihrer Seite, aber man muss ein bisschen Vorsicht walten lassen. Die benutzte Sprache muss den subtilen Unterschied zwischen dem Zentralbankensystem und der Politik wahren. Wenn man die Sprache der Bürger spricht, gerät man leicht in ein Terrain, das nichts mit der Zentralbank zu tun hat, sondern politisch ist, und das wäre der Unabhängigkeit der EZB abträglich.

Unter diesem Vorbehalt bin ich voll und ganz auf Ihrer Seite.

1-026-0000

Enik Gyri (PPE). – Herr Präsident, Sie müssen wissen, dass die während Ihres Mandats ergriffenen Maßnahmen nicht nur im Euro-Währungsgebiet, sondern auch darüber hinaus gelobt wurden. Ich vertrete ein Land, das nicht dem Euro-Währungsgebiet angehört, nämlich Ungarn. Sie erinnern sich vielleicht daran, dass mein Land das erste war, das gerettet wurde. Das war nicht so schön, aber nun wächst mein Land im zweiten Quartal in Folge schneller als die Europäische Union. Ihre Maßnahmen können also funktionieren, wenn sie mit wirksamen Strukturreformen und haushaltspolitischen Maßnahmen einhergehen. Das ist – glaube ich – wichtig zu wissen.

Ich würde gerne Ihre Meinung zur Lage der nicht dem Euro-Währungsgebiet angehörenden Länder hören. Wir haben verschiedene Strategien gewählt: Wir haben beschlossen, dass wir erst konvergieren, und wenn wir stark und widerstandsfähig genug sind, dann treten wir dem Euro-Währungsgebiet vielleicht lieber etwas später bei. Ich glaube aber, wir haben unsere Schlussfolgerungen aus der Krise gezogen, und das war eine der wichtigsten. Wie sehen Sie die Lage, und was halten Sie von den Voraussetzungen für einen Beitritt zum Euro-Währungsgebiet? Ich nehme zur Kenntnis, dass es eine neue Voraussetzung – den Beitritt zur Bankenunion – gibt, aber ich halte es natürlich nicht für fair, immer wieder neue Voraussetzungen zu schaffen: Wenn wir stark genug sind, dann würden wir auf jeden Fall gerne beitreten, allerdings zum richtigen Zeitpunkt.

1-027-0000

Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank. – Dem Euro beizutreten bedeutet zwei Dinge. Zunächst müssen Sie dem WKM II angehören, und dann müssen Sie sich vor Augen halten, dass ein Land heutzutage nicht nur einer Währungsunion, sondern auch den Anfängen einer Bankenunion beitrifft. Der erste Punkt ist Sache der Mitgliedstaaten, des Europäischen Rates und der EZB, der zweite Punkt hat hingegen maßgeblich mit der EZB zu tun.

Normalerweise beantragt das Land den Abschluss eines Abkommens über eine enge Zusammenarbeit. Damit ein Land ein solches Abkommen abschließen kann, müssen die EZB und der SSM eine umfassende Bewertung seines Bankensystems vorgenommen haben. Wenn sich bei der umfassenden Bewertung ergibt, dass bestimmte Schwachpunkte angegangen werden sollten, dann wird das Land gebeten, bestimmte Maßnahmen zu ergreifen, nach deren Abschluss – und nach Billigung der Ergebnisse – das Abkommen über eine enge Zusammenarbeit geschlossen und das Verfahren weitergeführt wird. Das ist wohl der springende Punkt: Es ist sicherlich nicht ratsam, einer Währungsunion beizutreten, wenn es Schwachstellen im Bankwesen gibt.

1-028-0000

Pedro Silva Pereira (S&D). – Herr Draghi, wie schon einige meiner Vorredner möchte ich mich bei Ihnen für all das bedanken, was Sie im Einklang mit Ihrem Mandat für die Rettung des Euro unternommen haben. Das war nicht wenig. Und nicht nur, weil Sie klug genug waren, das zu unternehmen, sondern weil Sie die Entschlossenheit und den Mut aufbrachten, alle Widerstände im EZB-Rat und darüber hinaus zu überwinden.

Ich begrüße auch diesmal die neuen, von Ihnen angekündigten Konjunkturförderungsmaßnahmen, aber es gibt auch diesmal Widerstände. Ich würde gerne wissen, wie Sie dazu stehen, dass sich einige Mitglieder des EZB-Rates öffentlich gegen die Beschlüsse des EZB-Rates ausgesprochen haben, und ich würde Sie gerne fragen, ob Sie nicht auch der Meinung sind, dass mehr Solidarität innerhalb der Europäischen Zentralbank hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Geldpolitik besser wäre.

Das zweite Thema ist die Haushaltspolitik: Ihr Plädoyer für eine expansivere Haushaltspolitik ist in der Tat sehr wichtig. Sie bitten die Länder mit finanziellem Spielraum um eine expansivere Haushaltspolitik, aber es sieht so aus, als ob diese Botschaft nicht mehr wie zuvor an Deutschland und an die Niederlande gerichtet ist. Sind Sie der Ansicht, dass es jetzt mehr Länder mit finanziellem Spielraum für eine expansivere Haushaltspolitik gibt, sodass jetzt die Voraussetzungen für eine expansivere Haushaltspolitik auf der Ebene des Euro-Währungsgebiets erfüllt wären?

1-029-0000

Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank. – Ich antworte zunächst auf Ihre erste Frage. Politische Meinungsverschiedenheiten sind ganz normal. Wenn man sich die aktuellen Beschlüsse der Fed ansieht, bemerkt man, dass eine Minderheit dagegen war, wobei die Abweichler unterschiedliche Beweggründe hatten. Es kann auch mitunter vorkommen, dass eine solche abweichende Meinung öffentlich wird, obwohl ich immer darauf hinweisen möchte, dass ich mich nicht daran erinnern kann, in meiner Zeit als Gouverneur der Banca d'Italia – und das gilt sicher auch für meinen Vorgänger Jean-Claude Trichet als Gouverneur der Banque de France – jemals öffentlich eine abweichende Meinung zur Geldpolitik der EZB vertreten zu haben. Allerdings ist die Art und Weise, in der die abweichende Meinung bekannt wird, sehr wichtig. Das gilt insbesondere in einer Situation mit einer internationalen Währungsunion. Eine solche Mitteilung sollte gut überlegt sein, damit die Wirksamkeit unserer Beschlüsse nicht untergraben wird. Das ist von allergrößter Bedeutung. Mehr habe ich dazu nicht zu sagen.

Ihr zweiter Punkt betrifft die Haushaltspolitik. Hierfür gibt es die Kommission, und es gibt Bestimmungen. In den nächsten Euro-Gruppen werden die Haushaltspolitiken überprüft, und die Kommission wird ihre Meinung dazu äußern. Ich will jetzt nicht die Länder ermitteln, die über finanziellen Spielraum verfügen. Diese Prüfung beruht jetzt zwangsläufig auf den geltenden haushaltspolitischen Bestimmungen und auf der derzeitigen Auslegung des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Ich fasse zusammen: Hoch verschuldete Länder sollten eine umsichtige Politik verfolgen, und Länder mit finanziellem Spielraum sollten rasch und effektiv handeln. Wie gesagt, wird all dies vermutlich überarbeitet, und wir sind zuversichtlich, dass die neuen Bestimmungen effektiv und sinnvoll sein werden.

1-030-0000

Stasys Jakeli nas (Verts/ALE). – Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrter Herr Draghi, ich komme aus einem kleinen Land. Ich bin ein neues MdEP aus Litauen. Ich habe versucht, die Krise und die Gründe für die Tatsache, dass sie unser Land mit einem Rückgang des BIP um 23 % so schwer getroffen hat, zu erforschen.

Vielen Dank, Herr Draghi, für Ihre sehr professionellen Anmerkungen hier und für Ihre Arbeit.

Ich würde gerne auf zwei Schlussfolgerungen zu sprechen kommen, die in einem Papier von Claudio Borio und Anna Zabai von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich gezogen werden. Also zwei Schlussfolgerungen in dem Dokument und Ihre Meinung dazu.

Erste Schlussfolgerung: Der Ausgleich zwischen Gewinnen und Kosten wird immer schwieriger, umso länger sie angewendet werden – „sie“ sind unkonventionelle geldpolitische Maßnahmen, so heißt das Dokument auch („Unconventional monetary policies“). Die zweite Schlussfolgerung der Verfasser lautet wie folgt: Unkonventionelle Maßnahmen sollten generell als Ausnahmen gesehen werden, auf die nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen zurückgegriffen wird.

Nun haben Sie auf die Nebenwirkungen und die negativen Zinssätze hingewiesen und auf die Tatsache, dass sie sich störend auswirken könnten, weil die Menschen konservative Sparer sind – das wurde in unserer letzten Sitzung hier besprochen –, und es könnte sein, dass sie weniger ausgeben und mehr sparen. Das könnte eine der Wirkungen sein.

Sie haben auf die finanzielle Wirkung der Verteilung von Liquidität – der Zuweisung von Geldern – hingewiesen. In gewisser Weise betrifft das den haushaltspolitischen und somit den politischen Bereich, und das könnte eine der Nebenwirkungen sein. Was halten Sie davon?

Und zum Ausstieg aus dieser unkonventionellen Politik: Kann man jetzt überhaupt aussteigen, wenn man das meiner Meinung nach gefährliche Gleichgewicht dieser negativen realen Sätze und der Preise für Vermögenswerte und auch die Erwartungen in Betracht zieht, die in der Wirtschaft und in der Öffentlichkeit geweckt wurden?

1-031-0000

Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank. – Zum ersten Punkt: Es gibt keine Hinweise darauf, dass vermehrt gespart wird, wenn wir Negativzinsen haben. Generell sehen wir das nicht. Es gibt auch keine Hinweise darauf, dass die Banken infolge von Negativzinsen auf die Einlagenfazität ihre Darlehensvergabe verringern, wir haben also keinen sogenannten „Umkehrzins“, zu dem es in diesem Fall kommen würde.

Der zweite Punkt betrifft den Zeitpunkt des Ausstiegs. Der Ausstieg kommt, wenn sich die Wirtschaft so weit verbessert, dass man aussteigen kann, ohne einen Abschwung der Wirtschaft an und für sich auszulösen.

Schauen Sie sich Ende 2017 und Anfang 2018 an: Damals sahen die mittelfristigen Wachstumsaussichten so aus, als könnte man diese extrem akkommodierende Geldpolitik problemlos nach und nach aufgeben, wir konnten also einige gemäßigte Maßnahmen in der anderen Richtung ergreifen, ohne dass sich die Finanzierungsbedingungen verschärft hätten. Das ist der springende Punkt: Die Normalisierungsmaßnahmen dürfen keine Verschärfung der Finanzierungsbedingungen bewirken, weil sie mit einer Verbesserung der Wirtschaftslage einhergehen.

Vielleicht erinnern Sie sich an die Rede, die ich im Juni 2017 in Sintra Rede genau über diesen Punkt gehalten habe.

Wir sind im Moment nicht so weit. Ich habe zu Beginn schon gesagt, dass sich die Wachstumsaussichten derzeit allmählich und anhaltend verschlechtern.

Wir kommen also wieder auf die Haushaltspolitik zurück. Wenn die Haushaltspolitik als zweite Komponente der Wirtschaftspolitik im Euro-Währungsgebiet einspringt, dann hat die Geldpolitik sicher leichteres Spiel. Aber bis dahin wird die Geldpolitik funktionieren, und wir werden auch ihre Nebenwirkungen überwachen.

1-032-0000

Gunnar Beck (ID). – Ich glaube, meine Vorredner haben alle zwei Minuten oder etwas länger gesprochen. Ich hoffe, man legt mir gegenüber die gleiche Nachsicht zutage. Ich habe hier eine Erdbeere. Dem Maler Hieronymus Bosch zufolge ist die Erdbeere das Symbol für vergängliches Vergnügen und irdische Freude. Der eine oder andere ist vielleicht der Meinung, dass es sich mit der quantitativen Lockerung vielleicht genauso verhält. Ich würde gerne auf Deutsch weiterreden, wenn ich darf.

– Herr Präsident! Als EZB Chef haben Sie seit 2011 mehr Geld gedruckt und freudiger Recht gebrochen als irgendjemand irgendwann. Ihre Rechtsbrüche hat selbst Christine Lagarde vor diesem Ausschuss freimütig eingestanden. Dennoch wuchs die EU seit 2011 langsamer als die entwickelte Welt ohne Japan und die Euro-Zone noch langsamer als die Rest-EU.

Und infolge Ihrer Nullzins-Politik ist eine Altersarmut für viele Staaten vorprogrammiert, die wir uns heute noch gar nicht vorstellen können. In Ihrer letzten Pressekonferenz wiesen Sie alle Verantwortung für die Misere im Euroraum zurück. Gründe seien, die Weltwirtschaft, Handelskriege und Brexit. Und weil es nichts hilft, verschrieben Sie dem Euro dann gleich nochmal die doppelte Dosis Ihrer Medizin, obwohl wir doch wissen, dass *queuing* nur die Reichen reicher und fast alle anderen ärmer macht.

Nun, Ihr Landsmann Niccolò Machiavelli bemerkte unser Erfolg und Scheitern seien zur Hälfte Geschick und zur anderen Hälfte der Glücksgöttin Fortuna zuzuschreiben. Daher meine Frage an Sie: Machen Sie es sich nicht ein wenig zu leicht, wenn Sie die launenhafte Fortuna zur Gänze für die Misere im Euroraum verantwortlich machen? Die Weltwirtschaft trifft immerhin alle.

1-034-0000

Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank. – Nein, nein, wir machen nicht Fortuna verantwortlich. Da können Sie ganz beruhigt sein.

Ich möchte aber zuerst darauf hinweisen, dass Christine Lagarde die geldpolitischen Maßnahmen der EZB nicht als Vertragsbruch bezeichnet hat. Die konventionellen und die unkonventionellen Maßnahmen der EZB wurden samt und sonders im Interesse der Verwirklichung der Preisstabilität ergriffen. Ich habe schon mehrmals – auch heute – gesagt, dass wir in Anbetracht des verhaltenen Inflationsdrucks auf unkonventionelle politische

Maßnahmen zurückgreifen mussten, um eine zusätzliche Akkommodierung bereitzustellen, und die Leitzinsen der EZB nähern sich ihrem niedrigsten Stand.

Diese Maßnahmen umfassten Ankäufe von Staatsanleihen auf den Sekundärmärkten, die – wie ich bereits erläutert habe – auch geholfen haben. Sie haben einen Beitrag dazu geleistet, dass sich unsere Inflation unserem mittelfristigen Inflationsziel annähert, und mit diesen Instrumenten haben wir die Grenzen unseres Mandats nicht verletzt.

Das hat auch der Gerichtshof der Europäischen Union in zwei Urteilen bestätigt: in einem Urteil zum unbegrenzten Anleihekauf und danach in einem Urteil zum Programm zum Ankauf von Wertpapieren des öffentlichen Sektors an den Sekundärmärkten.

Der Hof hat zudem die Verhältnismäßigkeit dieser Maßnahmen bekräftigt. Das bedeutet, dass diese Maßnahmen genau die Maßnahmen waren, die unter solchen Umständen mit Blick auf die konkreten geldpolitischen Ziele ergriffen werden sollten. Das bestätigt, dass die EZB geldpolitische Instrumente herangezogen hat, die für die Verwirklichung der verfolgten legitimen Ziele geeignet sind, und zwar in einem Ausmaß, das der erforderlichen Korrektur der zu niedrigen Inflation und der erforderlichen Bewältigung der Risiken für die Preisstabilität angemessen ist. Außerdem sind Ankäufe von Staatsanleihen im Rahmen des Programms zum Ankauf von Wertpapieren des öffentlichen Sektors an den Sekundärmärkten auch mit dem Verbot der monetären Finanzierung gemäß Artikel 123 des Vertrags vereinbar.

Damit habe ich Ihre Fragen wohl beantwortet.

1-035-0000

Eugen Jurzyca (ECR). – Herr Draghi, ich wünsche Ihnen das Allerbeste für Ihren weiteren Lebensweg.

Ich habe nur zwei kurze Fragen: Die erste bezieht sich darauf, dass sich die Bilanz der EZB innerhalb von zehn Jahren auf fast 5 Billionen EUR – über 40 % des BIP des Euro-Währungsgebiets – mehr als verdoppelt hat. Meine Frage ist: Glauben Sie, dass mit einer so enormen Vergrößerung der Bilanz Risiken verbunden sind?

Die zweite Frage lautet: Warum hat sich die EZB geweigert, dem Europäischen Rechnungshof Angaben zukommen zu lassen, die für die Bewertung der Aufsicht über die größten Banken Europas erforderlich waren? Mir scheint, dass die EZB hierdurch in gewisser Weise an Glaubwürdigkeit eingebüßt hat.

1-036-0000

Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank. – Im ersten Punkt stimme ich Ihnen zu. In Anbetracht des Umfangs, den die Bilanz mittlerweile angenommen hat, überwachen wir natürlich alle etwaigen Risiken, die eine Änderung der Zinssätze oder der Wirtschaftslage für die Bilanz der EZB darstellen können.

Ich möchte aber darauf hinweisen, dass die Bilanz der EZB mit Blick auf Marktrisiken oder Zinsrisiken nicht unmittelbar Marktschwankungen und Zinssätzen ausgesetzt ist, weil sie nicht gehandelt wird. Sie wird zu den Wertminderungs- und Amortisierungskosten bewertet. Das ist eine Sache.

Aber ich möchte noch etwas hinzufügen. Im Laufe der Jahre wurden alle möglichen Vorkehrungen gegen Wechselkursrisiken, Kreditrisiken, gegen verschiedene Notfälle getroffen – ich weiß nicht einmal mehr, wie viele es derzeit gibt. Bei den Kredit- und den Marktrisiken – ich sollte vielleicht noch hinzufügen, dass auch die Sicherheiten in gewisser Weise zur Bilanz der EZB gehören – gibt es Zulassungskriterien, mit denen – auch wenn die Bestimmungen über Sicherheiten während der Krise gelockert wurden – dafür gesorgt ist, dass die Sicherheiten hochwertig sind. Zum gleichen Zweck gibt es auch Schuldenschnitte.

Aus dieser Perspektive sollte das Risiko deshalb überwacht werden, weshalb wir in der EZB über eine große Risikomanagementabteilung verfügen. Es wurden aber auch schon viele Schutzmechanismen eingerichtet.

Nun zum Europäischen Rechnungshof: Ich glaube, es gibt jetzt eine Absichtserklärung, die die Beziehungen mit der EZB – mit dem geldpolitischen Teil und mit dem einheitlichen Aufsichtsmechanismus – deutlich normalisiert hat. Diese Bedenken sollten also zum Teil ausgeräumt sein. Der springende Punkt, auf den die Absichtserklärung eingeht, war die Frage, ob bei der Prüfung durch den Europäischen Rechnungshof nicht nur das operative Management, sondern auch die Wirksamkeit der ergriffenen Maßnahmen geprüft werden sollte.

1-037-0000

Eva Maydell (PPE). – Sehr geehrter Herr Präsident, ich freue mich, dass Sie bei uns sind. Ich habe drei kurze Fragen.

Erstens: Ich würde mich der Aussage der meisten meiner Kollegen, wonach die EZB gestärkt aus der Krise hervorgegangen ist, anschließen. Mir wäre es jedoch recht, wenn die Zentralbank Krisen eher verhindern als bewältigen würde, und meiner Meinung nach zielen einige Ihrer jüngst ergriffenen Maßnahmen genau hierauf ab. Es ist aber auch mehr als deutlich, dass die Zinspolitik in gewissem Maße ihre Grenzen erreicht hat, und viele Menschen in Europa fragen sich tatsächlich, ob die Zentralbank die Inflationsentwicklung wirklich maßgeblich beeinflussen kann. In diesem Zusammenhang – und da Sie nun am Ende Ihres sehr erfolgreichen Mandats angelangt sind – möchte ich Sie fragen, welche zusätzlichen Befugnisse Sie für die EZB für erforderlich halten, damit sie den Wert des Euro wirksamer schützen und die Preisstabilität wahren kann. Oder: Welche Befugnisse hätten Sie während Ihrer Amtszeit gerne für die EZB gehabt?

Ich glaube, keiner der Kollegen hat den Brexit angesprochen. Wir steuern unter Umständen auf einen No-Deal-Brexit zu, und meiner Ansicht nach ist noch nicht klar, inwieweit die EU-Rechtsvorschriften über das Bankwesen und die Geldpolitik im Vereinigten Königreich gelten würden. Beispielsweise könnten die Aufsichtsbestimmungen unterschiedlich angewendet werden. Hat die EZB in diesem Zusammenhang irgendwelche Schritte zur Sicherung der Finanzstabilität des Euro-Währungsgebiets unternommen, falls dieses Szenario in den nächsten Wochen tatsächlich eintritt?

Und abschließend: die Bankenunion. Sie sind kurz auf dieses Thema eingegangen, aber wenn Sie vielleicht noch Ideen hierzu haben oder den europäischen Entscheidungsträgern Orientierung geben möchten, damit sie die Bankenunion effektiver vollenden können, dann wäre das sehr willkommen.

1-038-0000

Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank. – Entschuldigen Sie bitte, ich habe nicht gehört, was Sie mich zum Brexit und zur Finanzstabilität gefragt haben. Verzeihen Sie, wie lautete die Frage genau?

1-039-0000

Eva Maydell (PPE). – Um es direkt zu formulieren: Inwieweit ist die EZB auf ein No-Deal-Szenario vorbereitet?

1-040-0000

Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank. – Vielen Dank! Zunächst einmal möchte ich darauf hinweisen, dass ich hinsichtlich des Zwecks unserer jüngsten Maßnahmen und ihrer präventiven Wirkung mit Ihnen einer Meinung bin. Wir reagieren auf eine Verschlechterung der mittelfristigen Aussichten. Wir reagieren nicht auf eine Entwicklung, die bereits stattgefunden hat, und tatsächlich lässt uns die nach wie vor relativ gute wirtschaftliche Lage hoffen, dass die Inflation steigt, wenn wir jetzt handeln.

Sie haben mich danach gefragt, welche zusätzlichen Befugnisse die EZB noch hätte haben sollen. Wenn man sich die Befugnisse der EZB derzeit anschaut, stellt man fest, dass es nicht viele Unterschiede zu anderen Zentralbanken in genauso großen oder größeren Gebieten gibt. Die EZB hat in diesem Sinne ihr Instrumentarium grundlegend gewandelt und in gewisser Weise auch die Art ihrer Reaktion auf Notfälle – aber stets im Einklang mit ihrem Mandat und im Interesse der Preisstabilität. Ob diese Maßnahmen Wirkungen zeitigen oder nicht – und wir glauben schon, dass dem so ist, ich habe ja bereits auf die kumulative Reaktion bei Inflation und Wachstum in den letzten fünf Jahren hingewiesen –, ist eine generelle Frage, die immer wieder allen Zentralbanken weltweit gestellt werden sollte. Weltweit gibt es derzeit eine enorme Liquidität. Alle Zentralbanken haben mehr oder weniger ähnliche expansive geldpolitische Maßnahmen ergriffen. Wenn man sich die Streitereien und die erhitzte Polemik im Zusammenhang mit vielen unserer politischen Entscheidungen anschaut, hat man oft den Eindruck, es würde sich um außergewöhnliche Maßnahmen handeln, die es nur im Euro-Währungsgebiet gibt, aber tatsächlich werden im Rest der Welt genau dieselben oder ganz ähnliche Maßnahmen ergriffen.

Die Frage, ob diese Geldpolitik ihre Grenzen erreicht hat, ist also eine generelle Frage. Wir glauben schon, dass sie noch Wirkung zeitigt, aber – das habe ich bereits gesagt – mit der Effektivität nehmen auch die Nebenwirkungen zu, und deshalb ist es jetzt höchste Zeit, dass die Haushaltspolitik endlich eingreift und die Geldpolitik ergänzt. In anderen Gebieten war dies der Fall, und man sieht die Unterschiede bei den Ergebnissen, sowohl mit Blick auf Inflation als auch auf Wachstum. Die globalen Faktoren, die die Inflation und die Inflationserwartungen überall herunterschrauben, gibt es auch anderswo. Die Inflation und die Aussichten, die sich nach wie vor eintrüben, kommen allerdings von einem höheren Ausgangsniveau als im Euro-Währungsgebiet.

Was den Brexit betrifft, haben die EZB und die Bank of England fast drei Jahre lang zusammengearbeitet und versucht, alle Eventualitäten zu berücksichtigen, und ein harter Brexit ist ganz sicher eine dieser Eventualitäten. Nochmal: Das Plädoyer der Kommission für eine vorübergehende Gleichwertigkeit ist für zentral geclarte Derivate sehr wichtig. Auch die Linderungsmaßnahmen der Privatwirtschaft sind ziemlich effizient. Es gibt fortlaufende Kontakte zur Privatwirtschaft, um deren Maßnahmen zu untermauern und zu verfolgen. Ob die Privatwirtschaft dieses Risiko zur Gänze einpreist oder nicht, müssen wir noch sehen. Mitunter sagt man, dass sie dieses Risiko nicht vollständig einpreist, dass sie es noch unterschätzt. Ich habe keine unmittelbaren Belege dafür, aber so wurde es mir gesagt.

1-041-0000

Billy Kelleher (Renew). – Herr Draghi, ich habe zwei Fragen. Erstens: Ich würde mal sagen, dass Sie auch in Irland allgemein bekannt sind, und ich kann den Ausschussmitgliedern versichern, dass sie ein Problem haben, wenn der Name des Präsidenten der Zentralbank in ihrem Land allgemein bekannt ist. Dankenswerterweise haben wir diese Probleme aufgrund der Maßnahmen der Regierungen und der EZB überwunden.

Ich habe mehrere Fragen. Erstens: Wie können Sie die Regierungen in Anbetracht des Stabilitäts- und Wachstumspakts und der Tatsache, dass diese Regierungen mit Vorgaben wie 60 % des BIP und 3 % Haushaltsdefizit stark eingeschränkt sind, dazu bringen, dass sie ihre Ausgaben antizyklisch tätigen? Anders ausgedrückt, können Länder ja nur Geld ausgeben, wenn sie welches haben, und wenn sie am dringendsten Ausgaben tätigen müssen, können sie es schlichtweg nicht. Inwiefern belohnen oder ermutigen Sie also die nationalen Regierungen? Mir fällt hier insbesondere Deutschland als größte Volkswirtschaft des Euro-Währungsgebiets ein. Warum sollte es als fördernde Maßnahme Ausgaben tätigen und auf diese Weise seine Ausfuhren in andere Länder des Euro-Währungsgebiets verteuern?

Wie gelingt Ihnen die Quadratur dieser potenziellen Kreise und die Umgehung der Fallstricke beim Stabilitäts- und Wachstumspakt?

Mit Blick auf die Bankenunion und den einheitlichen Abwicklungsmechanismus wurde vor einiger Zeit darauf hingewiesen, dass die Bedingungen für die Darlehensvergabe an kleine und mittlere Unternehmen verschärft werden könnten. Kürzlich oder letztes Jahr haben Sie in Irland in einer Sitzung des parlamentarischen Finanzausschusses gesagt, die irischen Banken hätten praktisch eine Monopolstellung. Das bringt mich zu meiner Frage: Ist die stagnierende Wirtschaft im Euro-Währungsgebiet in erster Linie der mangelnden Kreditvergabe an kleine und mittlere Unternehmen – aufgrund der mit gutem Grund vom einheitlichen Abwicklungsmechanismus festgelegten Einschränkungen – geschuldet? Und sind wir jetzt in einer Lage wie in Irland, wo man die Gewinn- und Verlustbilanzen durch exzessive Zinssätze ausgleicht, statt Kredite an kleine und mittlere Unternehmen zu vergeben?

1-042-0000

Mario Draghi, *Präsident der Europäischen Zentralbank*. – Zu den Haushaltsvorschriften: Wie ich bereits gesagt habe, zeigt die Erfahrung, dass die Vorschriften bei der Begrenzung von Schulden- und Defizitwachstum erfolgreich gewesen sind. In diesem Sinn sind sie zwar sinnvoll, aber im Moment nicht wirksam. Und ihre Prüfung sollte genau die von Ihnen gestellte Frage beantworten. Ich bin zuversichtlich, dass die Kommission – und ganz sicher auch die EZB, wenn sie darum gebeten wird – zur Verfügung steht und sich darum kümmern wird.

Wenn wir aber über Ausgaben reden, dann sollten wir vorsichtig sein, was für Ausgaben wir meinen. Selbstverständlich sollten die Ausgaben auch in Ländern mit Haushaltsspielräumen das potenzielle Wachstum – die Produktivität – steigern. Es geht also um Ausgaben in Technologie, Digitalisierung, IT und Bildung, sodass das langfristige Potenzial des Landes selbst gesteigert wird.

Dies würde auch Ihre Einwände ausräumen, denn die Ausfuhren wären wettbewerbsfähiger, weil sie technologisch fortschrittlicher wären. Und das gilt übrigens für alle Länder. Eine wachstumsfreundliche Überprüfung der Haushalte ist unabdingbar.

Ihr zweites Anliegen, das mir auch mehrmals zu Ohren gekommen ist, ist, dass die Errichtung und Vollendung der Bankenunion dazu führen könnte, dass KMU weniger Darlehen erhalten.

Wir haben keine Belege hierfür. Wir haben Belege dafür, dass das Kreditwachstum nach wie vor lebhaft ist. Die Vergabe von Krediten sowohl an Haushalte als auch an Unternehmen wächst. Allerdings hängt es stark vom Land ab, an welche Firmen Kredite vergeben werden. Im Großen und Ganzen deutet alles darauf hin, dass die Kreditvergabe an KMU nicht eingeschränkt wird. Eher – wenn ich das richtig in Erinnerung habe – haben sich die Spreads zwischen KMU und Großkonzernen in der letzten Zeit verringert.

Wenn jedoch die Bankenunion größere Strukturen mit grenzübergreifenden Zusammenschlüssen bedeutet, dann ist ja klar – und das ist sehr wichtig –, dass die größeren Strukturen mit ihren Skaleneffekten und ihren Vorteilen keine Nachteile – nämlich die mangelnde Beachtung kleiner Kunden – mit sich bringen dürfen. Das ist ein ziemlich wichtiger Punkt.

Es gibt noch einen Bereich, der anders ist, nämlich die Anwendung der Basel III-Anforderungen. Bei den Basel III-Anforderungen werden tatsächlich Eigenmittelanforderungen bei Darlehen verlangt, die ein höheres Risiko beinhalten oder in der Vergangenheit beinhaltet haben. Und wenn etwas die Kreditvergabe abschwächen kann, dann dies, aber die Bankenunion eher nicht.

1-043-0000

Piernicola Pedicini (NI). – Frau Vorsitzende! Vielen Dank, Herr Präsident Draghi, dass Sie heute hier unsere Fragen beantworten. Es ist hier mehrmals von staatlichen Strukturreformen die Rede gewesen, aber nie von Strukturreformen auf der Ebene der Europäischen Union. Sie haben gesagt, das sei ein Thema für die Politik und die Politiker, und das sehe ich auch so, aber wir politischen Entscheidungsträger brauchen eine verlässliche fundierte Meinung wie beispielsweise die Ihre, damit wir unsere Politik besser gestalten können.

Man spricht immer wieder über Hausaufgaben, über Länder, die ihre Hausaufgaben nicht machen – das wurde eben auch erwähnt –, und mit diesen Ländern sind wohl die Länder mit der höchsten Staatsverschuldung und insbesondere Italien gemeint. Der Kollege Garicano hat dies eben angesprochen. Vielleicht ist nicht allgemein bekannt, dass Italien seit 1992 einen Primärüberschuss verzeichnet, was bedeutet, dass die Steuern, die die Italiener zahlen, die öffentlichen Ausgaben bei Weitem übersteigen. Die Differenz beläuft sich auf etwa 30 Mrd. EUR jährlich. Wir machen also unsere Hausaufgaben. Die Bilanz ist aber trotzdem negativ, und zwar aufgrund der enormen Zinsen, die wir auf die Staatsverschuldung zahlen und die im Übrigen mehr als doppelt so hoch sind wie der Primärüberschuss. Bis heute hat Italien Zinsen auf die Staatsverschuldung gezahlt, die doppelt so hoch sind wie die eigentliche Verschuldung.

Wer von Ihnen würde ein Auto für 10 000 EUR kaufen, wenn er dafür Zinsen von bis zu 30 000 EUR entrichten müsste? Das ist eine riesige Ungerechtigkeit, der Rechnung getragen werden muss, denn man muss zwischen einem angemessenen Zinssatz und Spekulation unterscheiden, und wir dürfen nicht zulassen, dass die Märkte die Zinsen frei festlegen, die sie von den Staaten auf Staatsanleihen bekommen.

Deshalb stelle ich Ihnen die folgende Frage: Was würden Sie davon halten, wenn die EZB auf dem Primärmarkt intervenieren und einen Zinssatz für Staatsanleihen festlegen würde, der niedriger ist als die Inflation? Wenn die Inflation höher wäre als der Zinssatz auf Staatsanleihen, würden die Schulden automatisch beglichen, und zwar ohne die Sparmaßnahmen, die unseren Binnenmarkt zerstört haben, was folglich nicht nur im Interesse Deutschlands und Nordeuropas, sondern ganz Europas wäre.

1-044-0000

Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank. – Das ist weder im EZB-Vertrag noch in den europäischen Verträgen vorgesehen. Ziel der EZB ist die Preisstabilität und nicht die Finanzierung des Haushaltsdefizits einzelner Staaten.

Ich habe gesagt, dass das nicht vorgesehen ist, also die Stützung der Zinssätze für einzelne Länder. Sie ist weder im Vertrag zur Errichtung der EZB noch im Europäischen Vertrag vorgesehen. Das Ziel der EZB ist Preisstabilität und nicht die Finanzierung der Haushaltsdefizite von Ländern.

Ändern Sie den Vertrag, und dann bekommen Sie, was Sie wollen.

1-046-0000

Eero Heinäluoma (S&D). – Sehr geehrter Herr Präsident, ich möchte mich der Gruppe dieser Mitglieder anschließen und Ihnen für Ihre Arbeit große Anerkennung zollen. In Finnland, dem nördlichsten Mitgliedstaat der EU, wird Ihr Name mit einer erfolgreichen Geldpolitik und der Rettung des Euroraums in Verbindung gebracht.

An dieser Stelle möchte ich jedoch zwei Fragen aufwerfen, die sich auf die von Ihnen angesprochene Frage nach den wichtigsten Schlussfolgerungen Ihrer Amtszeit beziehen, über die wir hier bereits gesprochen haben. Die erste Frage betrifft die Inflation, und die zweite Frage bezieht sich auf die Regeln der Wirtschafts- und Währungsunion.

Zur Inflation: Ist es möglich, dass wir immer noch in der Vergangenheit leben und einen überholten Krieg aus der Zeit führen, als die Inflation noch ein echtes Problem darstellte? Und ist es möglich, dass uns die Globalisierung endgültig in ein neues Zeitalter versetzt hat, wo ein deutlich niedrigeres Risiko mit der Inflation verbunden ist als in der Vergangenheit, wo hingegen die Vernachlässigung der Beschäftigung eine größere Gefahr darstellt?

Nun zu meiner zweiten Frage: Ich freue mich darüber, dass sie gesagt haben, dass wir Veränderung benötigen und dass wir keine prozyklische Politik betreiben. Sie haben sich mit Überzeugung für eine verantwortungsvolle Fiskalpolitik ausgesprochen. Wie Sie alle wissen, werden der Verschuldung durch unsere Vorschriften Grenzen gesetzt, aber wir haben keine Angaben darüber, wie Volkswirtschaften, die einen Überschuss aufweisen, diesen verwenden sollten, um das Wachstum sowohl in ihrem eigenen Land als auch im gesamten Euro-Währungsgebiet zu fördern. Benötigen wir auch mit Blick auf diese Frage Bestimmungen? Wie können die Länder, denen es wirtschaftlich gut geht, ihren Teil der Verantwortung für das Wachstum des gesamten Euro-Währungsgebiets übernehmen?

1-047-0000

Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank. – Ich glaube, die Antwort auf Ihre Frage liegt in der Schaffung einer zentralisierten Haushaltskapazität, eines Haushaltsinstruments, das für die Stabilisierung des ökonomischen Zyklus im Euro-Währungsgebiet für einzelne Mitgliedstaaten herangezogen werden kann.

Wie ich bereits erwähnt habe, kann dieses Haushaltsinstrument nur wirksam sein, wenn es einen angemessenen Umfang besitzt, und es muss automatisch ausgelöst werden, damit es zeitnah reagieren kann. Aber diese Haushaltskapazität muss von allen Mitgliedstaaten unterstützt werden. Wahrscheinlich ist das der Punkt, auf den Sie mit Ihrer Frage anspielen. Auf diese Weise legen alle Länder Solidarität an den Tag, die aber selbstverständlich mit der Verantwortung eines jeden Mitgliedstaats einhergehen muss. Und deshalb ist es so schwer, eine Einigung zur Errichtung dieser Haushaltskapazität zu erzielen.

Sie wollen diese Kapazität – rational gesehen ergibt sie durchaus Sinn –, und gleichzeitig müssen Sie aber das etwaige mangelnde Vertrauen zwischen den Ländern mit Blick auf das Verantwortungsbewusstsein, mit dem sie ihre Haushaltspolitik verfolgen, überwinden.

1-048-0000

(Die Sitzung wird um 17.20 Uhr geschlossen.)